

Bezugpreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Kurland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille-Zeile 60 Pfennig. Reklameweile 6.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (außer bei zwei fettgedruckten Worten). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenanzeige das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerschatz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 28. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin SW 68 - Kontor: Saal der Arbeiter, Knigsdamm und Beutler, Markt. 6; Distrikts-Gesellschaft, Depotstraße Einbecker. 2.

Das Ende des Rifkrieges.

Wie die Unterwerfung vor sich ging.

Paris, 27. Mai (Eigener Drahtbericht). Ministerpräsident Briand und Kriegsminister Painlevé erstatteten am Donnerstag im Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik im Etsjée Bericht über die Unterwerfung Abd el Krims und den Abschluß der Fehdenheiten in Marokko.

Aus der Darstellung der französischen Heeresleitung ergibt sich, daß die französischen Flieger den letzten Außenhauhaltort Abd el Krims ausgekundschaftet hatten. Daraus haben sich Abd el Krim mit Rücksicht auf die wachsende Unzufriedenheit seiner bisherigen Anhänger und wegen der Gefahr der Fliegerbeschädigung zur Uebergabe entschlossen. Der Vorbedingung, zunächst sämtliche Kriegsgefangene freizulassen, entsprochen Abd el Krim und die einzelnen Stämme ohne weiteres. Infolgedessen trafen zuerst 418 französische und spanische Kriegsgefangene in den vordersten Linien ein. Die Uebergabe geschah nachts in der Nähe von Targuist. Abd el Krim war begleitet von seinen Frauen und seiner ganzen Familie. Er wurde von dem französischen Oberst Girod in Empfang genommen und sofort im Automobil nach dem etwa 20 Kilometer entfernten Taza gebracht. Mit seiner Ankunft in Fes wird für Sonntag gerechnet.

Zugleich sind Verhandlungen zwischen der französischen und spanischen Regierung im Gange über den künftigen Aufenthaltsort Abd el Krims. Er soll weit von Marokko in ein nicht mohammedanisches Land verbannt werden.

Jes. 27. Mai. (Havas.) Abd el Krim hat sich heute früh 5 Uhr nach Fe Marouen nördlich von Targuist begeben, wo er sich mit seiner Familie General Ibos, dem Kommandanten der Marokkodieffision, und dem Obersten Corat stellte. Er wurde sofort nach Burud geführt, um von dort nach Taza geleitet zu werden, wo er morgen eintreffen wird.

Paris, 27. Mai. (B.T.S.) Nach einer im „Journal des Débats“ veröffentlichten Agenturmeldung ist die Unterwerfung Abd el Krims wie folgt vor sich gegangen: Am 25. Mai ließ Abd el Krim einen für den Generalresidenten Steeg bestimmten Brief überbringen, in dem er seine Unterwerfung anzeigte und für sich und seine Familie um den Schutz Frankreichs nachsuchte. Darauf ließ Steeg antworten, die Unterwerfung Abd el Krims könne ohne die unverzügliche Freigabe der Gefangenen nicht angenommen werden. Nachdem dieser Bedingung am 26. Mai früh entsprochen worden war, wurde Abd el Krim mitgeteilt, er könne mit den französischen Truppen in Verbindung treten und am 27. Mai gingen bei den französischen Führern die Weisungen ein, für seine Sicher-

heit zu sorgen. Nach einer weiteren Agenturmeldung sollen über den noch nicht unterworfenen Stämmen im Laufe des heutigen Tages Flugblätter abgeworfen werden, die die Unterwerfung Abd el Krims und seine Ankunft in Targuist bei den französischen Truppen anzeigen werden.

Kammersieg Briands.

Vertagung der Finanzdebatte dank der Rechten.

Paris, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht). Die Kammer trat am Donnerstag nach den Pfingstferien wieder zusammen. Die Regierung stellte nach der Eröffnung sofort den Antrag, die Debatte über die finanzielle Lage zu vertagen, da ihre Pläne noch nicht ausgearbeitet seien und eine sofortige Verhandlung ihrer Entwicklung schaden müsse. Gleichzeitig wurde die Vertrauensfrage gestellt.

In der Debatte führte Abg. Aurioi (Soz.) aus, daß er den Erfolg der vom Kabinett in Aussicht genommenen Pläne nicht durch vorläufige Eingriffe in Frage stellen wolle. Die Kammer habe jedoch das Recht, Klarheit über verschiedene Punkte zu fordern. Die Stützungsaktion könne nicht als endgültige Lösung der Währungsfrage angesehen werden, da sie höchstens den Boden vorbereiten könne. „Worin besteht der Plan der Regierung,“ fragte Aurioi, „beabsichtigt sie, den Franken aufzuwerten?“ Außerdem erkundigte sich Aurioi nach dem Zweck des Sachverständigenausschusses und fragte, ob er durch einen Dawes-Plan eine innere Regelung oder eine solche von außen vorbereite? Die Kammer könne nicht zugunsten eines Komitees von Bankiers auf ihr Recht verzichten. Die Bankiers kennen die Pläne der Regierung, die Kammer kenne sie nicht. Gehe die Regierung auf diesem Wege weiter, so finde sie die Sozialisten als ihre Gegner.

Die Abstimmung ergab schließlich 320 für die von der Regierung beantragte Vertagung, dagegen 209 Stimmen der Kommunisten und Sozialisten und von etwa 70 Radikalsocialen. Die etwa 100 Stimmen Mehrheit hat die Regierung der Gruppe Maurin vom Nationalen Block zu verdanken, die sich im letzten Augenblick entschlossen hatte, geschlossen für die Regierung zu stimmen.

Vertrauensvotum für Jaspas.

Brüssel, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht). Die Kammerdebatte über die Regierungserklärung ergab ein Vertrauensvotum mit 126 Stimmen gegen 8, bei einer Enthaltung. Etwa 50 Abgeordnete waren der Abstimmung ferngeblieben, zumeist Sozialisten und christliche Demokraten.

Jutta-Milija von Mecklenburg-Montenegro Die Neustrelitzer Jugoslawin.

Ende der neunziger Jahre erzählte man sich in Mecklenburg-Strelitz und Umgegend, der greise damalige Beherrscher des alten Norddeutschen aus Frig-Reuters unterblühem „Dorfschächting“ bekannten Miniaturherzogtums habe seine Enkeltochter Marie und Jutta, erbost über ihre etwas allzu heitere Lebensauffassung, an den verwandten Hof von Zarsoje Selo entsandt, um sie dort nach Mäßigkeit unter die Haube zu bringen; das Experiment sei mißlungen, weil selbst der Petersburger allerhöchsten Gesellschaft die beiden fürstlichen Damen etwas zu leicht erschienen wären.

Rag der Klatsch vergangener Tage der Wahrheit entsprechen oder nicht: Tatsache ist, daß Marie bald darauf einen Herrn Samatel ehelichte, der über einen etwas romantischen päpstlichen Grafentitel verfügte. Jutta aber ward unter dem überaus echten Namen Milija die Gattin des damaligen Erbprinzen Danilo von Montenegro, — nach den Anschauungen jener Zeit bei Gott gleichfalls keine „glänzende Partie“. Erinnerung man sich doch, daß noch 1912, beim Ausbruch des Balkankrieges, die christlichen Balkanvölker beim deutschen Bürgertum den Sammelnamen „Hammeleddiebe“ trugen!

Niemandem würden heute noch diese „ollen Kamellen“ in den Sinn kommen, wenn nicht gerade jetzt Jutta-Milija von Mecklenburg-Montenegro vor dem deutsch-süd-slawischen gemischten Schiedsgerichtshof gegen die deutsche Republik eine Klage auf Zahlung von 15 Millionen Goldmark erhoben hätte. Ihren Anspruch auf diese immerhin recht nette und runde Summe stützt die Tochter eines unferer „angestammten Fürstenhäuser“ ausgerechnet auf den „Schandvertrag“ von Versailles, dessen Artikel 297 in Abschnitt e bestimmt, daß außerordentliche Kriegsmaßnahmen gegen Angehörige alliierter oder assoziierter Staaten null und nichtig sind und hieron Betroffene einen Anspruch auf Entschädigung haben.

Sie selb sagt Milija-Jutta, zu einem Viertel gefühlige Erbin des verstorbenen Großherzogs Adolf Friedrich, nach der Revolution habe der Freistaat Mecklenburg-Strelitz das Vermögen des Großherzogs durch Verordnung vom 5. Dezember 1918 ein-

gezogen, und hierdurch sei sie, die jugoslawische Unterthanin Milija — was bedeuten für sie Inflation und Aufwertungsgehege? — um glatte 15 Goldmillionen geschädigt.

Daß sich die Angehörigen der deutschen Dynastien auf Versailles berufen, wenn es sich um Geld und Geldeswert handelt, ist nicht neu; derartige Schamlosigkeit ist man von dieser Seite aus bereits gewohnt. Geradezu grotesk aber wird der Fall Jutta-Milija, wenn man ihn nicht von der streitiger, sondern von der montenegrinischen Seite aus betrachtet. Als sich das Königreich Montenegro 1917 nach der Befehung durch österreichisch-ungarische Truppen in Sonderverhandlungen mit den Mittelmächten einließ, wurde die Dynastie Petrowitsch des alten Nikita von der Entente und ihren Verbündeten geächtet. Als aber König Peter Karageorgewitsch von Serbien — übrigens ein Schwiegerjoch Nikitas — Montenegro am 26. November 1918 dem neugegründeten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen einverleibte, erließ das montenegrinische Königshaus von Rom und San Remo aus geharnischte Proteste. Nikita starb am 1. März 1921, und sein Sohn und Nachfolger protestierte als „Danilo, König von Montenegro“ wiederholt gegen „den widerrechtlichen Gewaltakt der Belgrader Regierung“, um freilich schon am 7. März 1921 feierlich zugunsten seines minderjährigen Neffen, des heutigen „Königs Michael von Montenegro, Majestät“, auf seine Krone zu verzichten.

Jutta hat also nach dem Muster der Kaiserin Hermine von Doorn Anspruch auf den Titel: Königin Milija von Montenegro. Ihr Hans kämpft mit allen Mitteln gegen den Vertrag von Versailles, weil er nach einem ausstehenden Beschluß der Vorkonferenz in Paris vom 13. Juli 1922 die Annexion Montenegros durch Südslawien anerkennt; Jutta stützt sich aber auf eben diesen Vertrag von Versailles, ja, sie gibt sich sogar, allen feierlichen Erklärungen der Dynastie Petrowitsch, der sie angehört, zum Trotz, als jugoslawische Staatsbürgerin aus, wenn es sich darum dreht, Deutschland, ihre alte Heimat, um 15 Millionen Goldmark zu entschädern.

Das deutsche Volk hat Gelegenheit, dieser Gesellschaft, die internationale auschmutzig Materialismus ist, im Volksentscheid am 20. Juni zu zeigen, daß es eine solche Art von Internationalismus ablehnt!

Anfang der Abrüstung?

Ergebnis und Mißerfolg der Genfer Verhandlungen.

Vom 18. bis 26. Mai tagte in Genf zum erstenmal die „Abrüstungskonferenz“, wie man sie abkürzend genannt hat. Es war die erste Tagung jener „vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz“, die der Völkerbundsrat im Dezember, in der ersten Tagung nach Abschluß der Locarno-Verträge, einzuberufen beschloß. Sie hat ihre erste Tagung beendet und die Weiterberatung von Einzelfragen an zwei weitertagende Unterausschüsse — für militärische und für wirtschaftliche Angelegenheiten —, einige grundsätzliche, die Völkerbundsfrage betreffende Fragen an den Rat verwiesen.

Das ist das formale Ergebnis. Es sieht auf den ersten Blick wie Kommissionsarmenbegründnis aus. Kommunisten und Nationalisten nennen gleichmäßig die Genfer Besprechungen eine „Komödie“, eine „Farce“. Aber es handelt sich um parlamentarische Vorgänge, die man mit dem gewöhnlichen Maßstabe parlamentarischer Arbeit nicht messen müssen. Die achtägigen Genfer Verhandlungen sind deshalb bedeutsam, weil sie die ersten internationalen, in parlamentarische Formen vollzogenen Beratungen des europäischen Abrüstungsproblems überhaupt darstellen. Im Vergleich zu der Vorkriegszeit, wo es internationale Beratungen des europäischen Abrüstungsproblems außerhalb der sozialistischen Internationale nicht gab, ist es als ein erheblicher ideologischer Fortschritt zu begrüßen, daß das Abrüstungsproblem von einem „Rühr-mich-nicht-an“-zum Gegenstand ernsthafter internationaler Debatten geworden ist.

Von den Genfer Besprechungen hat niemand sofortige Ergebnisse erwarten dürfen. Es handelte sich ja nicht um eine Abrüstungskonferenz selbst, sondern nur um eine Enquete-Kommission, die das Gesamtproblem untersuchen und durch ihre Untersuchungen die Tagesordnung der großen internationalen Konferenz vorbereiten sollte. Betrachtet man von diesem beschiedenen, aber wohl angemessenen Standpunkt aus die Arbeiten der Vorkonferenz, so wird man eine gewisse Klärung des Problems feststellen können.

Zwei Thesen stehen sich gegenüber: die eine, die französische, will die Abrüstung von der Sicherheit abhängig machen. Das heißt, abgerüstet soll erst dann werden, wenn durch den Völkerbund jedem angegriffenen Staat die Gewähr gegeben scheint, daß die gesamte Völkergemeinschaft dem angegriffenen Staate zu Hilfe eilt und den Friedensbrecher abwehrt. Deshalb schiebt Frankreich den Ausbau der militärischen Hilfeleistung des Völkerbundes in den Vordergrund. Es betont die Tatsache, daß der Krieg innerhalb des Völkerbundes noch keineswegs verboten, sondern daß nur der Ueberfallkrieg untersagt ist, und es im Völkerbundsrat jedem Staat wegen der Einstimmigkeitsklausel freisteht, zu verhindern, daß ein Angreiferstaat als Angreifer bezeichnet und damit die Völkerbundshilfe wirksam wird. Von diesem Gesichtspunkt aus machte Frankreich, wie schon wiederholt, so auch jetzt wieder den Vorschlag, die Sicherheitsgarantien des Völkerbundes zu verstärken: Beschränkung der Einstimmigkeitsklausel, die Mehrheit solle zur Verurteilung des Angreifers genügen, Ausbau der militärischen Vorbereitungsmaßnahmen des Völkerbundes, Organisation der Bundesreserve. Man einigte sich in Genf darauf, daß ein Teil dieser Vorschläge, diejenigen nämlich, die die nun einmal geltenden Regeln des Völkerbundsverfahrens gemäß Art. 16 betreffen, über den Zuständigkeitsrahmen der Kommissionsbesprechungen hinausgehen und vom Völkerbundsrat weiterhin zu beraten seien.

Man wird zugeben müssen, daß hier in der Tat eine ernsthafte Lücke des Völkerbundesrechtes vorhanden ist. Sie wäre geschlossen worden, wenn das Genfer Protokoll — dieser allgemeine „Nie-wieder-Krieg-Vertrag“ — rechtskräftig geworden wäre. So aber bleibt die Aufgabe bestehen, die Lücken der in Versailles geschaffenen Völkerbundsfrage auszufüllen, um dem Krieg nirgends mehr ein Loch zu lassen, durch das er von rechtswegen hindurchschlüpfen kann.

Jeder Vorschlag, die völkerrechtliche Friedenssicherung auszubauen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Vom Standpunkt der schnellen Abrüstung freilich kann die französische These zur Sabotage der Abrüstung führen. Nur allzuleicht kann sie von den Militärs und den Politikern der Siegerstaaten dazu benützt werden, jede praktische Abrüstungsverminderung auf die lange Bank zu schieben. Ihr gegenüber tritt die britische, von den Vereinigten Staaten und Deutschland unterstützte These, daß nicht die Abrüstung von der Sicherheit, sondern daß umgekehrt die Sicherheit von der Abrüstung abhängt. Je geringer die Zahlen der stehenden Heere, je kleiner die Ziffern der für den Krieg jährlich vorgebildeten Mannschaften sind, je mehr die Ausgaben für Kriegsmaterialien, für See- und Luftflotten, je mehr die Rüstungen beschränkt und je schärfer Kriegsvorbereitungen im Frieden unterdrückt werden, umso gesicherter ist der Friede, um so geringer wird die Gefahr, daß sich diplomatische Gegensätze zu kriegerischen Konflikten auswachsen. Je schneller die Abrüstung praktisch angepackt wird, um so größer ist die Sicher-

heiß für alle beteiligten Völker. Die Schlagkraft dieser fortschrittlichen Argumentation hat jetzt in Genf gewisse Erfolge erzielt. Vor allem scheint der verhängnisvolle Begriff ausgegeben worden zu sein, den man die potentielle Rüstungsfähigkeit genannt hat, jener völlig dehnbare und unfassbare Begriff, nach dem sämtliche Faktoren aufgezählt werden sollen, die die kriegerische Machtenhaltung eines Staates jetzt und in Zukunft bedingen — angefangen von der Geburtenziffer, jährlichen Bevölkerungszunahme, bis zum Eisenbahnen, zur geographischen Lage, Umfänglichkeit der Industrie eines Landes für Kriegszwecke und Wirksamkeit von Bündnissen.

Statt dieser völlig in die unabsehbare Irre theoretischer Diskussionen führenden Erörterung aller möglichen, die Kriegsmächte des einen Landes ausmachenden und die Sicherheit seiner Nachbarländer bedrohenden Faktoren ist der jetzt in Genf weitertagenden militärischen Unterkommission die Aufgabe zugewiesen worden, sich über die rein militärischen Faktoren ein klares Bild zu verschaffen: Stärke der stehenden Heere, Zahl und Dauer der Ausbildung der jährlich eingezogenen Mannschaften, Ziffern des Kriegsmaterials, der Tanks, Geschütze, Maschinengewehre, der Gewehre, der Militärflugzeuge usw. Weiterhin hat die wirtschaftliche Unterkommission die Aufgabe, zu prüfen, ob es möglich sei, die Vorbereitungen für den Giftgas-Krieg etwa durch den Veröffentlichungszwang aller Erfindungen auf diesem Gebiete, nicht nur theoretisch, sondern mit praktischer Wirksamkeit zu unterbinden. Drittens ist beschlossen worden, Vorschläge für die organisatorischen Verwaltungsmaßnahmen auszuarbeiten zu lassen, um die bisher so gut wie unwirksam gebliebene Auslandspflicht der Staaten über ihre Rüstungen praktisch durchzuführen. Und viertens und lehtens soll geprüft werden, ob und inwieweit das bisher nur den Besiegten des Weltkrieges auferlegte ständige Ueberwachungsrecht des Völkerbundes der militärischen Rüstungen auf alle Staaten ausgedehnt werden kann.

Zeigt so einerseits diese Aufzählung der Kommissionsbeschlüsse, daß man auf einigen Einzelgebieten von bloßer theoretischer Idealforderung zu praktischer Inangriffnahme von Einzelproblemen geschritten ist, so ergibt sie doch andererseits, daß man noch nicht gewagt hat, das eigentliche europäische Rüstungsproblem — das Problem der großen im Frieden stehenden Heere — anzupacken. Man scheint sich darüber einig geworden zu sein, daß hier das Problem liegt — gewiß ein Fortschritt im Vergleich zu der Dezembertagung des Völkerbundesrates, wo die mögliche kriegerische Machtenhaltung im Mittelpunkt der Erörterung stand — aber noch sind die Vertreter der Regierungen nicht darangekommen, die Herabsetzung der europäischen Friedensheere auch nur zu beraten!

So hat man z. B. nicht darüber beratschlagt, ob und inwieweit die Ausbildungsdauer und die Zahl der jährlich eingezogenen Mannschaften durch internationalen Vertrag zu begrenzen, ob die jährlichen Rüstungsausgaben fortschreitend durch internationales Abkommen zu vermindern, oder ob die Herstellung bestimmter Waffen — Flugzeuge, U-Boote, schwere Geschütze — zu begrenzen oder zu verbieten sei usw. Im Vergleich mit der Zukunftsaufgabe der Abrüstung kann man nur mit Bedauern und Enttäuschung feststellen, daß die bisherigen Einzelberatungen an dem Kern des Abrüstungsproblems vorbeiführen.

Adam Siegemund, der frühere preussische Ministerpräsident und Führer der christlichen Gewerkschaften, der am Donnerstag zur Teilnahme am Charitestag in Trier eintraf, wurde bei dem Aussteigen aus dem Zuge das Opfer eines schweren Unfalls. Er erlitt einen komplizierten Beinbruch und mußte in ein nahegelegenes Hotel gebracht werden.

Averescu Terrorflug. Nach vorläufigen Berechnungen erhält die Volkspartei (Averescu) 280 Sitze, der nationale Bauernblock 80, die Liberalen 15 und die Christliche Vereinigung 9 Sitze. Sozialisten und Kommunisten erhalten keinen Sitz.

Hugenberg und seine Pikanterien.

Der selbstlose verfolgte Märtyrer.

Herr Hugenberg tritt nur selten an die Öffentlichkeit. Im Reichstag ergreift er das Wort nie. In seiner Presse erscheinen nur bei ganz besonderen Anlässen mit Namen gekennzeichnete Artikel. Er war „bisher der Mann im Dunkel“, der, ein zweiter Holstein hinter den Kulissen, selbst unsichtbar durch die von ihm beeinflussten Zeitungen und Organisationen arbeitete. Jetzt hat er ausnahmsweise einmal in Bielefeld vor deutschen nationalen Vertrauensmännern gesprochen und den Inhalt seiner Ausführungen durch seine Telegraphen-Union verbreiten lassen. Natürlich ist er ein vorzüglicher Märtyrer. Natürlich dient er genau wie Ludendorff und alle anderen Politisten nur „selbstlos“ dem Vaterlande. Diese Selbstlosigkeit unterscheidet nach seiner Meinung ihn von allen anderen Politikern, namentlich von den Männern der Linken. Viel mehr weiß er freilich nicht zu sagen. Immerhin, der harmlose Hugenberg gibt zu, daß man „keine bedeutungslose Pikanterie“ bei den Hausnachrichten gefunden habe. Die „Hänge-Notverordnung“ ist sicher eine „keine Pikanterie“. Herr Hugenberg meint, daß die preussische Staatsregierung kein Recht habe, sich um solche Pikanterien zu kümmern. Wörtlich erklärt er:

Sollten die politischen Gegner, die heutigen Machthaber, sich nicht eigentlich bis in das Innerste ihrer Seele hinein schämen, wenn sie darauf ertappt werden, daß sie diesen Kreis von Männern mit absichtlichen Durcheinanderwerfen der verschiedensten alten und neuen, gar nicht dazu geeigneten und auch gar nicht zusammenhängenden Dinge zu einem Kreise von Verschwörern und Hochverrätern zu stempeln suchen, und daß sie aus politischer Reugier hochwichtig bei ihnen Hausnachrichten halten? Sind solche Machthaber zum Regiment in Preußen geeignet?

Wahrscheinlich hält Herr Hugenberg es für richtiger, wenn die preussische Regierung geduldig abwartet, bis die kleine „Pikanterie“ der Hängeverordnung in Kraft getreten ist. Dann könnte man ja immer noch etwas gegen diese Pikanterie unternehmen! Und Hugenberg ist doch ein so harmloser, menschenfreundlicher Mann! Schade nur, daß an andere über ihn so anders urteilen. Wie lieblos war es z. B. vom „Vorwärts“, im Januar während der damaligen Regierungskrise die folgende Charakteristik Hugenbergs zum Ausdruck zu bringen:

„Wenn er nur ein ehrlicher Fechter wäre und mit sauberen Waffen den Kampf führte! Das ist nicht der Fall... Er führt den Kampf mit unehrlichen Waffen. Was will er?“

Bisher war er der Mann im Dunkel, der, ein zweiter Holstein, hinter den Kulissen blieb, und selbst unsichtbar, durch die von ihm beeinflussten Zeitungen und Organisationen arbeitete. Sein überraschendes persönliches Hervortreten zwingt zu dem Schluß, daß er auf diese Weise sein erstes Ziel, den Sturz Stresemanns, nicht mehr zu erreichen hofft. Vielmehr ist auch in Kreisen der Mitarbeiter der Glaube an die Führerqualitäten Hugenbergs geringer geworden. So muß er selbst hervortreten. Nach seinen Richtlinien, darf man wohl sagen, hat der „Total-Anzeiger“ getämpft sowohl für wie gegen Kapp, sowohl für wie gegen Hitler, sowohl für wie gegen Kahr, sowohl für wie gegen Heß, und, wenn wir uns nicht irren, auch abwechselnd für und gegen Herzt. Es wäre also durchaus begründlich, wenn einmal der Glaube an diese „Führung“ wanken würde.

Darum Hugenberg persönlich! Alle diese Kämpfe, von denen die meisten zu schweren Nervenbeschwerden für die deutsche Wirtschaft führten, waren für Hugenberg nur Stappen in seinem einzigen Kampfe gegen Stresemann. Persönlicher Haß hat ihn damals blind gemacht, Haß krübt heute seine Urteilskraft. Welch praktischer politischer Erfolg soll für die deutsche Wirtschaft aus der neuen Auswahl der politischen Leidenschaften durch die Agitation des „Total-Anzeigers“ erwachsen? Nicht der geringste; nur schädliche Wirkungen kann diese Agitation in diesem Augenblick hervorrufen. Und welche Wendung verspricht er sich davon für die deutsche Außenpolitik. Er spricht in dunklen

Andeutungen von verpassten Gelegenheiten, aber er weiß auch jetzt nicht zu sagen, was denn praktisch und positiv an die Stelle der gegenwärtigen Außenpolitik gesetzt werden soll. Hat Hugenberg überhaupt positive Ziele? Man sucht sie in seinem neuen Feldzug jedenfalls vergebens. Es sei denn, daß man zu dem Schluß bereit wäre, daß eine Verhärfung der wirtschaftlichen Notlage durch politische Verheerung ihm aus irgendwelchen Gründen und Bestrebungen besonderer Art gelegen käme. Und diese Ziele könnten nur auf die geistige Vorbereitung eines Rechtsputches hinauslaufen.

Noch viel liebloser und ungerechter gegen den „selbstlosen“ Hugenberg ist sicher der Hinweis, daß dieser treffenden Charakteristik des Mannes im Dunkel der offiziellen Korrespondenz der Deutschen Volkspartei entnommen war. Damals, als Hugenberg die Sprengung der Luther-Regierung erreicht hatte, machte die Volkspartei ihrem geprehten Herzen Luft und sagte die Wahrheit über Hugenberg und seine Pläne. Dieselbe Volkspartei, die jetzt über den angeblichen „Polizeistandal“ in Preußen zeteri, wußte damals genau so gut, wie sie es heute weiß, daß Hugenberg nur für die Vorbereitung eines Rechtsputches arbeitet. Wenn es anders wäre, warum enthält dann die Darstellung der Hugenbergschen Ausführungen nur persönliche Sentimentalitäten? Daß Hugenberg ein Ehrenmann ist, versteht sich doch wohl von selber. Ehrenmänner sind sie alle. Ein Ehrenmann war sicher der Verfasser der famosen Notverordnung, ein Ehrenmann war Ludendorff, als er zufällig am Brandenburger Tor spazieren ging, ein Ehrenmann ist Adolf Hitler, trotz seines Bürgerbräukeller-Putsches! Wenn Hugenberg weiter nichts zu sagen hat, als solche Selbstverständlichkeiten, dann gibt er damit selber nur zu, daß im übrigen seine „aufbauende Arbeit für die nationale Gesamtheit“ nichts anderes ist, als Vorbereitung des kommenden Rechtsputches.

Preußen und Lübeck.

Kritik wird mitgeteilt:

Pressemeldungen zufolge soll der Lübecker Senat zum Zeichen des Protestes einen Schritt bei dem preussischen Ministerpräsidenten Braun anlässlich der Veröffentlichung des bekannten Briefes an den Bürgermeister Dr. Neumann durch den Amülichen Preussischen Pressedienst unternommen haben. Ministerpräsident Braun soll bei dieser Gelegenheit sich mit der Ueberstürzung der Ereignisse entschuldigt und die bestimmte Zusicherung abgegeben haben, daß in Zukunft vor Veröffentlichungen Lübeck gehöret werden soll.

Hierzu ist festzustellen, daß der Lübecker Senat bei dem preussischen Ministerpräsidenten Braun nicht protestiert hat oder vorstellig geworden ist. Erfolgt ist lediglich ein Besuch des Lübeckischen Gesandten. Diesem hat der Ministerpräsident erklärt, daß kein Anlaß vorgelegen hätte, vor der Veröffentlichung des Briefes erst offiziell von der preussischen Staatsregierung aus mit dem Lübeckischen Senat Fühlung zu nehmen. Denn der Brief des Justizrats Dr. Claf an den Bürgermeister Dr. Neumann stelle sich absolut eindeutig als Privatbrief und nicht etwa als eine Antwort auf eine Amtshandlung des Lübeckischen Staatsoberhauptes dar. Einen solchen Privatbrief bei der damals durch die ganzen Ereignisse gebotenen Eile anders als irgendein anderes wichtiges Dokument eines Privatmannes zu behandeln, aus dessen Inhalt der Verdacht einer staatsfeindlichen Handlung zu folgern war, lag kein Anlaß vor. Der Ministerpräsident erklärte sich aber von sich aus bereit, in Zukunft in einem ähnlichen Falle den Lübeckischen Gesandten in Berlin rechtzeitig zu seiner eigenen Information Mitteilung zu machen, damit dieser nicht erst gezwungen sei, sich selbst und seine vorgelegte Behörde aus der Presse zu informieren. Von einer vorhergehenden Verständigung mit dem Lübecker Senat oder seiner Anhörung in etwa kommenden Fällen war in dieser Unterredung nicht die Rede.

Wegen Ermordung des Sowjetpräsidenten von Moldawien sind jetzt vier in der Anklage als Banditen bezeichnete Personen hingerichtet worden. Die Moldawienrepublik ist erst vor kurzem an der Westgrenze der Sowjetunion als ein Vorposten gegen Rumänien errichtet worden.

Hauptmann und die Dichteraademie.

Abwehnendes Schreiben Gerhart Hauptmanns an den Kultusminister.

Die Preussische Akademie der Künste hat, wie wir seinerzeit mitteilten, eine „Sektion für Dichtkunst“ eingerichtet. In diese neue Sektion wurden als erste Mitglieder Arno Holz, Gerhart Hauptmann, Thomas Mann, Hermann Stehr und Ludwig Fulda vom Kultusminister berufen. In einem Schreiben an den Minister hat nun Gerhart Hauptmann die ihm zugeordnete Berufung abgelehnt, weil er die Notwendigkeit eines solchen Dichterkollegiums zur Erwirkung und Verteilung staatlicher Unterstühtungen verneint. Das Schreiben lautet:

Hochverehrter Herr Minister!

Soeben von langer Reise nach Hause zurückgekehrt, finde ich die Zuschrift des hohen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, durch die ich eingeladen werde, der neugegründeten Sektion für Dichtkunst innerhalb der Preussischen Akademie der Künste beizutreten. Bei voller und dankbarer Würdigung der mir zugehenden großen Auszeichnung wird es mir doppelt schwer, zu tun, was doch geschehen muß, nämlich zu bitten, von meiner Ernennung zum Mitglied dieser Sektion abzusehen.

So sehr ich eine Akademie der Wissenschaften, eine Akademie der bildenden Künste und der Musik als eine staatliche Notwendigkeit ansehe, da es sich hier um Bestesgebiete handelt, die durch gemeinsame Arbeit gefördert werden müssen, und hinter denen staatliche Lehrinstitute in großer Zahl stehen, so wenig vermag ich mich von der staatlichen Notwendigkeit einer akademischen Sektion für Dichtkunst zu überzeugen. Und zwar um so weniger vermag ich das, je mehr ich darüber nachdenke. Es bedarf keines Dichterkollegiums, um staatliche Unterstühtungen zu erwirken und zu verteilen, sondern nur einiger gebildeter und wohlwollender Männer von Takt und Geschma.

Was aber die weiteren und höheren Aufgaben der Dichtkunst anbetrifft und ihre verantwortliche Förderung, so bin ich leider, wenn ich an die neu zu gründende Sektion denke, kleinnützig. Eine bewußte Führung auf dem Gebiete der Dichtkunst gibt es nicht. Staatlich beamtete, führende Dichter bilden ein Novum, das mit Recht in den Kreisen der freien Poeten beanstandet werden wird. Was mich betrifft, so kann ich mir weder eine unbewußte, noch eine bewußte Führerstellung dieser Art zusprechen. Wenn ich, wie andere Schriftsteller und Dichter, auf Menschen im Sinne der Menschlichkeit gewirkt habe, ist es mir genug.

Sie sehen mich also, Herr Minister, auf Seite derer, die schon vor meiner Zeit gegen die Bildung einer Dichteraademie gewesen sind. Ich bin gewiß, Sie werden nichts anderes von mir erwarten, als daß ich dies freimütig eingesteh.

Es liegt mir dabei ganz fern, an der entgegengegesetzten Meinung oder gar an dem obigen Beschluß des hohen Ministeriums

irgendwie Kritik zu üben. Nur für mich und ganz allein nur für mich soll meine Ueberzeugung maßgebend sein.

Mit den Ausdruck tiefsten Respektes

Gerhart Hauptmann.

Soweit wir informiert sind, haben die vier anderen Herren die Berufung angenommen.

Ein halbes Viertel

Die Armut begegnet uns täglich in tausenderlei Gestalt. Sie kennt viele Nuancen zwischen trasser Verumpfung und irreführender Glanzpolitik. Keulich im Laden trat sie neben mich in einfachen, peinlich sauberen Gewände, was wollte sie hier, im feinen Delikatessengeschäft? Ach, für den Sonntag auch etwas ersehen von den lockenden Herrlichkeiten, die hinter spiegelnden Scheiben so verführerisch ausgebreitet lagen! „Ein halbes Viertel!“ bat die Frau, mehr als sie verlangte, denn nur zu der kleinsten im Kaufe erfahbaren Quantität wollte der Inhalt des schmalen Portemonnaies langen. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten die Augen das Abschneiden der tofzbaren Ware in durchsichtig dünnen Scheiben und den schwachen Ausschlag der Waare, die für sie zur Goldwaage geworden ist. Sorgsam wird der Schatz nach Hause getragen, und unterwegs rechnet die Frau: das gibt zwei Schnitten für den Mann und eine kleine für mich, morgen am Sonntag.

Eben, wo sie den Laden verläßt, ist eine elegante Dame mit einem zierlichen Seidenpinscher auf dem Arm hineingeschwebt. „Gnädige Frau, es ist ein halbes Viertel zu viel geworden.“ bedauert der Verkäufer beim Abwiegen der statistischen Menge von derselben Ware. „Ach, das macht gar nichts, was zu viel ist, bekommt mein kleines süßes Fischen; der krieg es schon noch auf, das kleine halbe Viertel!“

Julius Türl, dessen Name den alten Mitgliedern der Freien Volkshühne wohlbekannt ist, ist dieser Tage in Berlin gestorben. Schwer hat er sein Leben lang zu kämpfen gehabt. Ein Stück jener heute nur noch in allerhand sagenhaften Anekdoten existierenden Boheme, die sich auf Berliner und Friedrichshagener Boden am Ausgang des Sozialistengesetzes zusammengefunden, ging mit ihm hin. Sein Interesse war von jeher dem Theater zugewendet.

Ich lernte ihn bei der Begründung der Freien Volkshühne, an der er mit ganzem Herzen hing, als einen der Mitbegründer kennen. Bis dahin hatte er, so erzählt er öfters, ein Doppelleben geführt; des Vormittags als selbstbetretender Verkäufer in einem kleinen Zigarrenladen, nachmittags über Büchern, um sich für die Vorträge vorzubereiten, die er abends in Parteitreffen hielt. In ihm fand unsere junge Volkshühne, beim Beginne, wo sie aus der reichen Fülle der neuen naturalistischen Dramatik schöpfen konnte, ihren ersten Regisseur. Die hoffnungsvolle Stimmung, das Bewußtsein dessen, was der Verein den Arbeitern an kulturellen Gütern vermitteln werde, war ihnen heiter-frohen Glanz um jene Zeit. Später kam es dann zu Streitigkeiten und zur Spaltung des Vereins, die auch der Freundschaft Türls mit Bruno Wille ein Ende setzte.

Türl wirkte dann noch einige Jahre im alten Berlin, wenn ich nicht irre, bis zu der zeitweiligen Auflösung desselben unter Wehrings

Vorsitz. Dann folgten lange Wanderjahre über die verschiedensten Theaterstätten. Nur noch in einer einzigen schüchternen Begegnung sah ich ihn seither wieder, auch damals, wie stets, voll Zuversicht mit neuen Plänen und Projekten. Nun hat der Kampfprobe, dem die Mitglieder ein freundschaftliches Gedächtnis wahren werden, ausgekämpft. Rüge ihm die Erde leicht sein!

Konrad Schmidt.

Unfallverhütung und Gesundheitschutz in Polen. Der polnische Ministerrat hat in einem Erlass die Gründung eines Gesundheitsrats als beratendes Organ beim Arbeitsministerium angeordnet. Der Rat soll: 1. Gutachten abgeben über die Gesundheitsfragen betreffend Gesetzwürde, mitwirken an einer engeren Zusammenarbeit zwischen der zentralen Gewalt, den selbständigen öffentlichen Körperschaften und den verschiedenen privaten Einrichtungen, die sich mit Gesundheitsfragen beschäftigen. Ferner soll er zu den ihm vom Innenministerium vorgelegten Fragen über den Gesundheitschutz Stellung nehmen. 2. Dem Innenministerium die zur Verbesserung der Gesundheit geeigneten Maßnahmen vorschlagen. — Der Rat setzt sich zusammen aus Vertretern des Innenministeriums, des Arbeitsministeriums und einer Reihe anderer öffentlicher Körperschaften, die für Gesundheitsfragen zuständig sind, aus Vertretern der medizinischen Fakultäten, aus Vertretern der Ärztekammern, des Städtebundes, des Verbandes der Selbstverwaltungskörperschaften, des Verbandes der Krankenkassen und einigen vom Innenministerium zu ernennenden Sachverständigen.

Die Leitungen der Staatsoper und der Städtischen Oper haben eine Interessengemeinschaft abgeschlossen, nach der sich beide verpflichten, sich gegenseitig in jeder Weise zu fördern und die gegenseitigen Interessen unter Berücksichtigung der Eigenart der Institute und der ihnen kunstpolitisch zukommenden Ziele und Zwecke zu wahren. Es wurde hierbei vereinbart, sich zu Beginn jeder Spielzeit über die Gestaltung des Spielplans in großen Richtlinien zu verständigen. Ferner ist eine Regelung der Tage für Erstaufführungen und Reueinstudierungen erfolgt, so daß künftighin das Zusammentreffen besonderer Veranstaltungen auf ein und denselben Abendtag in beiden Theatern vermieden wird.

Reg Reinhardt in Argentinien. Zwischen Max Reinhardt und mehrenden Vertretern des argentinischen Theaterwesens haben in den letzten Tagen Verhandlungen stattgefunden. Die auf ein Reinhardt-Gastspiel in Buenos Aires im nächsten Jahre hingelen. Es sollen sogar Vorbereitungen getroffen werden, um mit deutschem und argentinischem Kapital ein eigenes Reinhardt-Theater in Buenos Aires erbauen zu lassen.

Ein Denmal für Freilicht ist in dem Dörchen Quercum bei Braunschwweig im Bau. Die Einweihung soll am 8. August unter geschlossener Teilnahme der Braunschwieger Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erfolgen.

Ein Dreis für die größte Wafopferung. Die Pariser „Académie des sciences morales et politiques“ hat den 1884 für die schönste und größte Wafopferung auf irgendeinem Gebiete“ gestifteten Ludwigs-Preis im Betrage von 15 000 Francs dem Radiologen Maxime Rönard zugesprochen. Rönard hat wiederholt infolge seiner Tätigkeit schwere Verwundungen erlitten.

Die Durchführung des Volkentscheids.

Preussische Ausführungsbestimmungen.

Der preussische Minister des Innern hat in einem Rundschreiben an die nachgeordneten Behörden eine Reihe von Ausführungsbestimmungen zum Volkentscheid getroffen, die unter anderem folgendes bejagen:

Die Abstimmung

findet, wie bekannt, am Sonntag, den 20. Juni d. J. statt; die Stimmlisten und Stimmlisten sind spätestens vom Sonntag, den 6. Juni ab bis Sonntag, den 13. Juni je einschliesslich zur allgemeinen Einsicht öffentlich auszuliegen. Die zur Durchführung des Volkentscheids vom Reichsminister des Innern erlassene Verordnung ist von den Gemeindebehörden alsbald bekanntzumachen. Als Bekanntmachung genügt der öffentliche Anschlag der Beilage, die aus Nr. 25 des „Ministerialblattes für die preussische innere Verwaltung“ entnommen werden kann. Im übrigen haben alle beteiligten Behörden die Vorbereitungen für die Durchführung des Volkentscheids sofort in die Wege zu leiten.

Die Stimmlisten und die Zahl der Stimmberechtigten.

Soweit die Stimmlisten und Stimmlisten von den Gemeindebehörden nicht fortgeschrieben werden, müssen sie berichtigt, ergänzt oder neu aufgestellt werden. Stimmberechtigt ist, wer am Abstimmungstage Reichsangehöriger und 20 Jahre alt ist.

Während bei Reichswahlen die Zahl der Stimmberechtigten für das Zustandekommen der Wahlen ohne Einfluss ist, ist es beim Volkentscheid von grösster Wichtigkeit, dass die Gesamtzahl aller Stimmberechtigten genau ermittelt wird; denn es ist für die Beurteilung, ob der Volkentscheid Erfolg hat, im Hinblick auf Art. 75 und Art. 76 Absatz 1 Satz 4 der Reichsverfassung die genaueste Feststellung der Zahl aller Stimmberechtigten erforderlich. Die Stimmlisten und Stimmlisten müssen daher mit grösster Sorgfalt nachgeprüft oder neu aufgestellt werden. Bereits verstorbene oder verjüngte Personen und solche, die das Stimmrecht nicht besitzen, dürfen in den Stimmlisten oder in den Stimmlisten nicht geführt werden; Personen, die versehentlich in den zuletzt gebrauchten Stimmlisten oder Stimmlisten nicht geführt worden sind, müssen nachgetragen werden. Für die Feststellung der Zahl der Stimmberechtigten ist es auch geboten, dass die Gemeindebehörden die Anzeigen an die unteren Verwaltungsbehörden über die Zahl der ausgestellten Stimmlisten gewissenhaft erfassen. Festsetzung ist erforderlich. Die unteren Verwaltungsbehörden haben für vollständige Sammlung, Zusammenstellung und Weiterreichung dieser Anzeigen an den Abstimmungsleiter zu sorgen. Die Abstimmungsleiter müssen bei der Feststellung der Zahl der Stimmberechtigten an der Hand der Stimmliste (Stimmkarte) und bei der Eintragung dieser Zahl in die Abstimmungsbescheidenschrift mit peinlicher Gewissenhaftigkeit verfahren.

Werden bei der Volksabstimmung die bei dem Eintragungsverfahren im März d. J. gebrauchten Stimmlisten und Stimmlisten verwendet, so ist in ihnen vor ihrer öffentlichen Auslegung das für den Vermerk der erfolgten Eintragung angewandte Kennzeichen bei allen Stimmberechtigten in der im Eintragungsverfahren benutzten Spalte derart einzutragen, dass man nicht mehr unterscheiden kann, ob ein Stimmberechtigter am Eintragungsverfahren teilgenommen hat oder nicht.

Listen, in denen die Teilnahme am Eintragungsverfahren nicht vollständig unkenntlich machen lässt, dürfen beim Volkentscheid nicht verwendet werden.

Stimmzettel und Stimmzettelmuschläge.

Nach § 16 des Volkentscheidgesetzes liefern die Landesregierungen die Stimmzettel von weissem oder weislichem Papier mit dem im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Ausdruck. Für Preussen wird die Beschaffung der Stimmzettel und ihre Ueberweisung in der erforderlichen Stückzahl an die Gemeinden den von den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zu ernennenden Abstimmungsleitern übertragen. Soweit die Stimmkreise sich aus nicht-preussischen Gebieten erstrecken, haben die Abstimmungsleiter nach unmittelbarem Benehmen mit den beteiligten Landesregierungen auch die Stimmbezirke dieser Gemeinden mit Stimmzetteln zu versorgen.

Da es bei den letzten Reichstagswahlen vorgekommen ist, dass Stimmzettel schon vor der Wahl in die Hände von Wählern gelangt sind, sind die Gemeindebehörden besonders darauf hinzuwirken, dass die Stimmzettel erst im Abstimmungsraum während der Abstimmungshandlung an die Stimmberechtigten ausgegeben werden dürfen.

In jedem Stimmbezirk dürfen nur Umschläge von gleicher Farbe und Art ausgegeben werden. In den Abstimmungsräumen haben sowohl die Verteiler der Umschläge als auch die Abstimmungsleiter darauf zu achten, dass nicht fehlerhafte Umschläge zur Verwendung kommen, namentlich nicht solche, die durchsichtig sind, oder denen der amtliche Stempel und die Beschriftung fehlt. Gegebenenfalls hat der Abstimmungsleiter derartige Umschläge zurückzuweisen und den betreffenden Stimmberechtigten zur Wiederholung der Abstimmungshandlung zu veranlassen. Die Abstimmungsleiter sind ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass sie nicht befugt sind, bei Entgegennahme der Stimmzettelmuschläge aus der Hand der Stimmberechtigten nachzuprüfen, ob in dem Umschlag etwa mehrere Stimmzettel enthalten sind, und dass sie zur Wahrung des Wahlgeheimnisses insbesondere nicht berechtigt sind, den Umschlag gegen das Licht zu halten.

Die Stimmbezirke dürfen nicht zu klein abgegrenzt werden, insbesondere darf die Abgrenzung nicht dergestalt erfolgen, dass aus dem Abstimmungsgebiet auf die Stimmabgabe bestimmter Kreise oder Klassen der Bevölkerung geschlossen werden kann.

Hakenkreuzdämmerung.

Es ist ein Kreuz mit dem Hakenkreuz!

Wien, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In einer Versammlung der Hakenkreuzler teilte der Vorsitzende mit, dass dem Reichsdeutschen Hermann Esser, der zum Jahrestag des Todes von Schlogeter in Wien sprechen sollte, das öffentliche Auftreten von der Polizei verboten worden ist. Ein anderer Redner machte die interessante Mitteilung, dass die östliche Parteiführung in Wien den Professor Suchenwirth aus der Partei ausgeschlossen hat, dass aber Adolf Hitler gerade diesen Ausgeschlossenen besonders grüssen lasse. Die Spaltung unter den Hakenkreuzlern hat ziemlich weit um sich gegriffen.

Ein angeführter Mord.

Wo der Staatsanwalt Milde walten lässt.

Breslau, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Während der Abstimmungen in Oberschlesien ist der Reichsingenieur Hermann Trenkel aus Oppeln von dem Eisenbahningenieur Lorinus und noch zwei weiteren Genossen gewaltsam aus seiner Wohnung herausgeholt, auf eine Lokomotive geschleppt und außerhalb des Abstimmungsgebietes nach Loewen gebracht und dort unweit der Reibebrücke erschossen worden. Es lag also vorläufiger Mord vor. Trenkel gehörte zur polnischen Minderheit, Eisenbahningenieur Lorinus zum sogenannten „Deutschen Bahnklub“. Die Tochter des Ermordeten stellte gegen die Mörder Strafantrag. Sie erhebt unter dem 11. März 1926 (Attentat I, S. 192/1926) vom Oberstaatsanwalt Dr. Guhl in Brieg den Bescheid, dass das Verfahren eingestellt ist.

Schnapskorruption.

Internes aus dem Beirat des Branntweinmonopols.

Der Reichstag hat vor einigen Monaten einen Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Verhältnisse bei dem Branntweinmonopol eingesetzt. Seine Tätigkeit hat bisher leider nur geringe Beachtung gefunden. Er hat jedoch eine ganze Reihe von interessanten Tatsachen festgestellt, die im Hinblick auf die gesetzgeberische Neuordnung des Branntweinmonopols erhebliche Bedeutung besitzen. Das gilt in erster Linie von den Feststellungen über die Tätigkeit des Beirats der Monopolverwaltung. Dieser Beirat ist der Monopolverwaltung nebengeordnet, teilweise sogar übergeordnet; denn ihm obliegt in Verbindung mit der Monopolverwaltung die Festsetzung des Brennrechts, des Grundpreises, sowie der Zuschläge und Abzüge und der Verkaufspreise. Bei allen wichtigen, das materielle Ergebnis des Monopols beeinflussenden Fragen ist also der Beirat die ausschlaggebende Instanz. Bei dieser Sachlage ist

Die Zusammensetzung des Beirats

natürlich von grösster Bedeutung. Der Beirat besteht aus 30 Mitgliedern. 16 Mitglieder sind Vertreter der an der Branntweinerwirtschaft beteiligten Gewerbe (Unternehmer, Arbeiter und Verbraucher), je 5 Mitglieder werden vom Reichstag und Reichsrat und 3 vom Reichswirtschaftsrat ernannt. Einen Vertreter ernannt der Reichsfinanzminister nach freiem Ermessen. Außerdem hat die Monopolverwaltung drei Stimmen. Kein zahlenmässig haben die Vertreter der öffentlichen Interessen mit 17 Stimmen die Ueberlegenheit gegenüber den 16 Vertretern der privaten Interessen. In Wirklichkeit ist aber nach dem Zeugnis des deutschnationalen Finanzministers v. Schlieffen „nicht selten ein Teil der öffentlichen Stimmen zugunsten der privaten Interessen auch dann abgegeben worden, wenn diese Stimmabgabe offensichtlich den berechtigten Interessen der Monopolverwaltung widersprach“. Das ging sogar so weit, dass die Vertreter der Branntweinerzeuger und der Branntweinabnehmer für die Abstimmung im Beirat über die Uebernahme und die Verkaufspreise gewisse Vereinbarungen zur gegenseitigen Unterstützung gegenüber den Anträgen der Monopolverwaltung trafen. Die Verbraucher halfen also bei der Festsetzung hoher Erzeugerpreise und die Erzeuger entschädigten sie dafür durch niedrigere Verkaufspreise.

Die Jahre mußte das Reich bezahlen.

Und ein solches Verhalten fand die Unterstützung eines Teils der Vertreter des Reichstags, des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrats, die zur Wahrung öffentlicher Interessen in den Beirat delegiert waren! Daß dieser Einfluß dem Reichsinteresse schädlich war, ist seit langer Zeit kein Geheimnis. Wie er sich aber im einzelnen abgespielt hat und wie er sich materiell auswirkte, entzog sich bisher der öffentlichen Kenntnis. In einer der letzten Sitzungen des Untersuchungsausschusses hat der Abgeordnete Genosse Eggerstedt an Hand einwandfreier amtlicher Unterlagen nachgewiesen, wie in zahllosen Fällen durch die Beschlüsse des Beirats die Absicht der Monopolverwaltung durchkreuzt und

das Reich um Hunderte von Millionen geschädigt wurde.

Das geschah regelmäßig dadurch, daß das Brennrecht höher und die Preise ungünstiger festgesetzt wurden, als es die Monopolverwaltung vorgeschlagen hatte. Die Folge ist, daß die Monopolverwaltung gegenwärtig über einen Bestand von rund zwei Millionen Hektoliter Sprit verfügt, eine Menge, die größer ist als der Absatz eines ganzen Jahres. Eine weitere Folge ist, daß der Branntwein trotz hoher steuerlicher Belastung wesentlich geringere Erträge für die Reichskasse liefert als das Bier oder ein lohnendes Nahrungsmittel wie der Zucker. In der Beiratsitzung vom 19. Oktober 1923 schlug die Monopolverwaltung einen Grundpreis von 42 Mk. für

den Hektoliter vor. Der Ausschuss beschloß 60 Mk. Der Uebernahmepreis wurde um 18 Mk. pro Hektoliter festgesetzt, der Verkaufspreis aber von 90 auf 80 Mk. ermäßigt. Beide Beschlüsse zusammen haben dem Monopol einen Verlust von mindestens 2½ Millionen Mark zugefügt. In der Beiratsitzung vom 19. Dezember 1923 wiederholte sich dieses Spiel. Der Grundpreis wurde statt der vorgeschlagenen 50 Mk. auf 55 Mk. festgesetzt, der ermäßigte Verkaufspreis von 50 auf 45 Mk. herabgesetzt. Verlust für die Monopolverwaltung mehr als 7 Millionen. Der regelmäßige Verkaufspreis wurde gleichzeitig entgegen dem Vorschlag der Monopolverwaltung von 600 auf 400 Mk. herabgesetzt. Der dem Reich dadurch entstandene

Verlust beträgt mehr als 50 Millionen Mark.

Einige andere Beschlüsse verursachen einen Ausfall von etwa 2 Millionen. Im Jahre 1924 wurde dieses Treiben munter fortgesetzt. In der Beiratsitzung vom 27. Juni wurde der ermäßigte Verkaufspreis von 45 auf 30 Mk. herabgesetzt und dem Reich ein Verlust von rund 3 Millionen zugefügt. Noch schlimmer sehen die Beschlüsse vom 21. Oktober 1924 aus. Das Brennrecht wurde von 50 auf 70 Proz. erhöht. Verlust für das Reich knapp 1½ Millionen Mark. Beim Grundpreis schlug die Monopolverwaltung 40 Mk. vor. Der Beirat beschloß 50 Mk. und entsprach damit den Forderungen der Kartoffelbrenner. Würde der Preis von 50 Mk. in Kraft getreten sein, so wäre dem Reich ein Verlust von etwa 15 Millionen Reichsmark entstanden. Das war aber selbst dem Reichsfinanzminister Luther zu bunt. Er setzte mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes den Preis auf 48 Mk. herab und verminderte den Verlust des Reiches auf 12 Millionen. In der gleichen Sitzung wurde der regelmäßige Verkaufspreis vom Beirat auf 400 Mk. festgesetzt, die Monopolverwaltung hatte 500 Mk. vorgeschlagen. Die Durchführung des Beschlusses des Beirats hätte einen Verlust von 48 Millionen Mark zur Folge gehabt. Auch hier griff der Reichsfinanzminister ein, setzte den Preis auf 480 Mk. fest und verminderte den

Verlust auf „nur“ 39 Millionen.

In der Beiratsitzung vom 9. Dezember 1924 wurde entgegen dem Vorschlag der Monopolverwaltung für Maisbranntwein ein Zuschlag von 32 Mk. beschlossen. Verlust für die Monopolverwaltung: 4½ Millionen Mark. Außerdem wurde dem Erntebrenntweinbeziehern mit rückwirkender Kraft ein günstiges Bezugsrecht zu wesentlich ermäßigtem Preise gewährt. Würde die Monopolverwaltung diesem Beschluß gefolgt sein, so hätte sie auch hierbei rund 4½ Millionen zuzahlen müssen. Auch im Jahre 1925 änderte sich das Bild nicht. Am 26. März schlug die Monopolverwaltung als Grundpreis ab 1. Mai 1925 30 Mk. vor. Der Beirat beschloß 40 Mk. ab 1. Juni. Als Beschwerdebinstanz entschied der Reichsrat sich für 30 Mk. ab 1. Juni. Dadurch entging der Monopolverwaltung eine Ersparnismöglichkeit von 3½ Millionen. Sie blieb durch den Beschluß des Reichsrats allerdings vor einem weiteren Verlust von etwa 900 000 Mk. bewahrt. In der Sitzung vom 26. September gelang es der Monopolverwaltung für ihren Vorschlag auf Festsetzung des Verkaufspreises auf 300 Mk. eine Mehrheit zu finden. Sofort erhoben die Interessenten Beschwerde beim Reichsrat. Ergebnis: der Preis wurde ihrem Verlangen entsprechend auf 200 Mk. herabgesetzt, so daß dem Monopol ein Verlust von etwa 1,9 Millionen entstand.

Dieser Zustand ist natürlich unhaltbar. Er zeigt, daß die Unwirtschaftlichkeit des Branntweinmonopols in hohem Maße auf die Interessentenwirtschaft im Beirat zurückzuführen ist. Bei der Reform des Monopols muß sie beseitigt werden.

In der Begründung des Einstellungsbeschlusses heisst es u. a.: „Trenkel bildete, solange er auf freiem Fusse blieb, eine dauernde Gefahr für die Sicherheit des deutschen Eisenbahnerbetriebes, für deutsches Eigentum und nicht zuletzt für Leib und Leben deutscher Staatsangehöriger. Alles dies ist den Beschuldigten, insbesondere dem Eisenbahningenieur Lorinus, dem die Leitung des Bahnstreckes oblag, zum Bewußtsein gekommen. Sie gingen nun von der Erwägung aus, daß bei den damaligen politischen Verhältnissen, insbesondere bei der Befehlsbefugnis durch den Reichsbund, eine Festnahme ihres Vaters zwecks Ablieferung zur Bestrafung nicht den gewünschten Erfolg haben würde, weil sie mit der nahe liegenden Möglichkeit einer Wiederfreilassung durch die interalliierte Kommission rechneten. Daher schritten sie den Entschluß, ihn außerhalb des besetzten Gebiets unschädlich zu machen. In Ausführung dieses Entschlusses ist ihr Vater auf eine Lokomotive bis kurz vor Loewen in der Nähe der Reibebrücke gebracht und dort erschossen worden. Durch diese Tat haben sich die Beschuldigten strafbar gemacht. Sie können aber nicht bestraft werden, weil die Tat unter die deutsch-polnische Amnestie fällt. Daran ändert nichts die Tatsache, daß der Erfolg auf unbesetztem Gebiet eingetreten ist, da die Ausführung der Tat auf besetztem Gebiet begonnen wurde. Auch dieses gilt daher als Tatort. Daher finden für die ganze Tat die für das oberschlesische Abstimmungsgebiet erlassenen Amnestien Anwendung.“

Das Vorgehen des Oberstaatsanwalts Dr. Guhl in Brieg läßt nur zwei Deutungen zu: Entweder verfügt er nicht über die genügenden Rechtskenntnisse, dann ist an das Justizministerium die Forderung zu stellen, ihm wegen mangelnder Befähigung das Amt zu entziehen oder mindestens ihn aus diesem Amt zu entfernen, oder er verfügt über die normalen Rechtskenntnisse, aber die ein angestellter Staatsanwalt verfügen muß, dann hat er das Verfahren in der Absicht eingestellt, die Mörder rechtswidrig der Strafverfolgung zu entziehen. Er hat sich dann eines Verbrechens schuldig gemacht. Strafanzeige gegen ihn ist erstattet. Heftigste ist in diesem deutschen Falle des Rechtsbruches die Justizverwaltung so rührig wie im Falle Kosmus und leitet das Verfahren gegen den Oberstaatsanwalt Dr. Guhl in Brieg ein.

Deutsch-polnische Minderheitenprobleme.

Ein Vortrag des Minderheitenführers Stala.

Ueber dieses, angesichts der Ummwälzung im polnischen Staat von neuem akut gewordene Thema sprach in der Deutschen Friedensgesellschaft Jan Stala, ein Vortragsführer der in Deutschland lebenden Minderheitsvölker. Er führte aus, daß an sich natürlich alle Volksindividualitäten gleichwertig sind. Die Differenzierung entsteht im Staat und durch ihn. Daraus geht hervor, daß das Minderheitenproblem vor allem ein rechtliches, dann ein nationales und ein kulturpolitisches ist. Bei der Erörterung des deutschen Minderheitenproblems in Polen ist vor allem der Kampf um die Sprache das wichtigste. So unzweifelhaft wertvoll die nationale Sprache ist, so ist ihr Wert nicht absolut, sondern nur relativ, besonders für eine, in einem anderen Kulturraum hineingelagerte, von diesem umgebenen Minderheit. Das deutsche Problem in Polen besteht in kultureller Hinsicht wohl im wesentlichen darin, daß zwar durch die Verschiedenheit der Sprache eine Abgrenzung der beiden Volksindividualitäten stattfindet, diese Abgrenzung sich aber nicht

auf das national-kulturelle Gebiet und nicht auf das Abgrenzen beschränkt, sondern übergreift auf wirtschaftliches und politisches Gebiet und sich steigert, sowohl bei der Mehrheit als auch bei der Minderheit, zu nationalem Expansionswollen. Folgerichtig gipfelt diese Auffassung in der Forderung nach kultureller Selbstverwaltung. Zusammenfassend stellt Stala das Problem der deutschen Minderheit in Polen als ein rechtliches Problem dar, das sich um die verfassungsmässigen Rechtsnormen der polnischen Republik und die von Polen übernommenen Minderheitenschutzverpflichtungen gruppiert. In Deutschland werde das Bestehen einer einheitlichen polnischen nationalen Minderheit trotz gegenteiliger wissenschaftlicher Beweisführung geleugnet. Während das Ideal des deutschen Volks eine kulturelle und politische Zusammenfassung aller seiner Teile bedeute, sei das nationale Ideal des polnischen Volkes die Freiheit des Gewissens und der nationalen Erstzür. Und hier seien die Ziele entgegengesetzt. Die politischen Organisationen hätten vor kurzem auf beiden Seiten Fühlung miteinander genommen und es dürfe erwartet werden, daß die Ausgestaltung der Beziehungen auch die Erkenntnis der Probleme und dann auch die Möglichkeiten einer einwandfreien Lösung anbahnen werden. Es sei zu erwarten, daß sich die Erkenntnis, das Minderheitenproblem sein ein rechtliches und vor allem ein innerpolitisches Problem, mehr und mehr durchsetze.

In der sehr umfangreichen Diskussion wurde vor allem auf die geradezu menschenunwürdige Behandlung der Juden in Polen hingewiesen und die Regelung des Minderheitenproblems in Estland und Finnland als vorbildlich empfohlen. Das deutsche Friedenspartei hat eine Anregung nach dieser Richtung in einer Eingabe an den Reichstag gemacht.

Polnische Versprechungen.

Warschau, 27. Mai. (WTA.) Der Minister des Innern General Modzjanowski erklärte Pressevertretern: Die Regierung wird den Minderheiten gegenüber eine Politik der Offenheit und Klarheit befolgen und Grundzüge dafür festlegen. Den wirtschaftlichen Forderungen der Minderheiten soll in alternativer Zeit Rechnung getragen werden, vor allem werden auch die Interessen der ortsansässigen russischen und weisrubenischen Bauern bei der Durchführung der Agrarreform Berücksichtigung finden.

Der Kownoer Kommunistenprozeß gegen mehr als 100 Personen wegen Bildung eines Geheimbundes und Vorbereitung eines bewaffneten Umsturzes hat begonnen. Angeklagt sind u. a. der greise Arzt Dr. Domaszewitschius und der katholische Priester Adamauskas. Die übrigen Angeklagten sind Arbeiter und Bauern. Einige von ihnen sitzen schon seit drei Jahren in Untersuchungshaft.

Weniger Alkohol für die Diplomaten. Das Recht der ausländischen Diplomaten, in den Vereinigten Staaten, sich alkoholische Getränke zu halten, ist eingeschränkt worden. Alkohol darf als Getränk für die Diplomaten nicht mehr von öffentlichen Verkehrsunternehmen besördert werden, sondern muß vom Einfuhrhafen nach Washington in eigenen Autos der Diplomaten gebracht werden.

Libanon-Republik. Der französische Oberkommissar für Syrien hat am Pfingstsonntag die neue Libanon-Republik proklamiert.

Gewerkschaftsbewegung

Die gute alte Zeit.

Wie sie sich die Deutschnationalen vorstellen.

In der „Pommerschen Tagespost“ Nr. 281 wird eine Bauern- und Gesindeordnung von 1685 wiedergegeben. Das ist sehr bezeichnend, weil man auf diese Weise wieder einmal einen Einblick in die Verhältnisse gewinnen kann, unter denen in der damaligen Zeit die Ergebenen der Gutsherrschaft zu arbeiten gezwungen waren.

Über die Dienste der Kinder von Bauern oder Köstlichen wird vorgeschrieben:

„Wenn die Eltern zu ihren selbstigen Diensten die Kinder nicht bedürfen, so sollen sie sich anderswo vermieten, sie haben sich dann bei dem Gerichtsjunker und Herrn, darunter sie geboren und erzogen, zu melden und zu dienen, so lange, bis die Söhne eigene Höfe annehmen und die Töchter mit Vorbewußt ihrer Herrschaft sich verheiraten.“

Einige Absätze weiter heißt es dann:

„Unterfinge sich aber einer oder mehr, sich seinen Diensten zu entziehen, und unangemeldet an anderen Orten sich zu vermieten und also die Landesreserve zu lockern, dieselben sollen von den Gerichtsobrigkeiten oder durch die Landreuter, mit Vorwissen und Hilfe eines jeden Ortes Obrigkeit, aufgetrieben und nicht geduldet, sondern dero Untertanen, die sie bedürfen, zum Dienste abgefolget werden, auch da dies Aufreiben, wann es einmal geschehen, nichts fruchten will, endlich gar in Haft genommen und auf die nächstgelegene Festung gebracht werden und soll der Kommandant dorthin befehligt sein, solche Verbrecher anzunehmen, auch auf der Herrschaft erfordern, wieder loszulassen.“

Aus einem Abschnitt, der von der Gefinbedienstzeit spricht, sind diese Bestimmungen ersatzweise:

„Und weil zu vermuten, daß das freie Gesinde sich aller Vorteile und Rechte bedienen, um diese Ordnung zu durchlöchern, vielleich und eher das Vaterland verlassen und in anderer Herren Gebiete laufen, so ist unter ernstlicher Wille, daß fortin die Untertanen von Bürgern und Bauern, wie auch deren Kinder, ohne Vorwissen und Willen ihrer Obrigkeit weder außer Landes wandern, noch in andere Gebiete sich begeben sollen, wenn er nicht erhebliche und satzame Ursachen seines Beziehens sofort beibringen kann, bescheiden und anhalten muß, im Lande zu verbleiben, zu dienen oder sonst dazselbe anbauen zu helfen und sich darinnen redlich zu nähren.“

Man muß sich fragen, warum ausgerechnet die „Pommersche Tagespost“, das Leit- und Morgenblatt der pommerschen Großgrundbesitzer, auf diese geradezu unerhörten Bestimmungen eingeht. Die Frage wird beantwortet, wenn man die wenigen Zeilen liest, die dem Aufsatz in der „Pommerschen Tagespost“ angehängt werden. Die Zeilen lauten:

„Ein Vergleich der Verhältnisse des Gesindes des heutigen „sozialen Zeitalters“ mit denen aus früherer Zeit fällt sehr zuungunsten der heutigen Zeit aus. Es ist ja leider heute oft so, daß das Gesinde mehr Rechte hat als die Herrschaften.“

Dieser Stoßfänger vollendet erst das Zitat des deutschnationalen Junkerblatts. Wendrin wird sein Buch, in dem er nachweist, daß das Paradies in Mecklenburg gelegen habe, umarbeiten müssen. Um 1685 herum lag es offenbar in Pommern, wenigstens das Paradies der Junker. Freilich sah es um jene Zeit in Mecklenburg auch nicht anders aus.

Internationale Arbeitskonferenz.

Der Anzuständigkeitsantrag der Unternehmer verworfen.

Genf, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Kompetenzanspruch der Unternehmer gegen den Konventionenrat über die Aufsicht auf den Auswanderertrahen ist am Donnerstag vormittag in der Internationalen Arbeitskonferenz beraten worden und glatt abgelehnt. Es sprachen für ihn Arbeitsgebervertreter aus England, Holland, Frankreich, Kanada, Norwegen, Deutschland (Stadt-Länder, Direktor des Norddeutschen Lloyd) und Spanien. Ihre Position war jedoch von vornherein sehr schwach, weil reglementgemäß nur die Regierungen das Recht haben, die Streichung

eines Gesetzes von der Tagesordnung der Konferenz zu verlangen und in diesem Falle keine einzige Regierung den Helferdienst hatte übernehmen wollen. Dazu kam noch, daß früher in einem Sachverständigenausschuß selbst die Vertreter der Reeder sich für die Notwendigkeit einer internationalen Ordnung der Frage ausgesprochen hatten. Dem Hauptargument der Unternehmer, daß die Aufsicht der Auswandernden keine Arbeiterfrage sei, traten der französische Regierungserstreiter Fontaine und Genosse Bauhaus wirkungsvoll entgegen.

Die deutsche Regierung ließ durch Ministerialrat Hering eine Erklärung abgeben, daß sie seinerzeit im Verwaltungsrat des Arbeitsamtes aus Kompetenzbedenken gegen die Vorlage gestimmt habe, jetzt aber sich an der Beratung sachlich beteiligen wolle. Der Schluß der Erklärung lautet:

„Wir möchten dabei betonen, in wie hohem Maße wir die außerordentlich wertvolle Arbeit anerkennen und schätzen, die das

Die Wahlkörperversammlungen des DMV. muß jedes Mitglied besuchen!

Internationale Arbeitsamt in mannigfacher Hinsicht namentlich durch die Sammlung und Veröffentlichung wichtiger Nachrichten auf dem Gebiete des Wanderungswesens leistet. Das Internationale Arbeitsamt gibt damit den Regierungen alle Unterlagen für die Behandlung des Wanderungswesens in der nationalen Gesetzgebung und fördert zugleich den Ausgleich widerstreitender Interessen zwischen verschiedenen Staaten und Staatengruppen. Den Anregungen, die das Internationale Arbeitsamt auf diesem Gebiet gibt, wird deutscherseits stets das größte Gewicht beigemessen, da sie von der Autorität der angesehensten Stelle getragen werden, die sich mit internationalen Fragen der Sozialpolitik beschäftigt. Dies wird auch dann geschehen, wenn im einzelnen Falle die Zuständigkeit der Internationalen Arbeitskonferenz für den Beschluß von Vorschlägen, deren weitere Verfolgung unter der Kontrolle der internationalen Organisation der Arbeit steht, nicht gegeben sein sollte.“

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Arbeitgeberantrages mit 77 gegen 23 Stimmen.

Die Verhandlungen mit dem Montantruf.

Anerkennung des Tarifvertrags.

Dortmund, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag fanden zwischen den Vertretern der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Beamtenorganisationen und dem Vorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke A.-G., Böglner, in Dortmund Besprechungen über die Gesamtlösung der Angelegenheiten bei den etwa 150 der Vereinigten Stahlwerke A.-G. angeschlossenen Firmen statt. Generaldirektor Böglner unterstrich eingangs seiner Ausführungen noch einmal die Feststellung, daß die Kündigungen nur formalen Charakter haben. Er habe mit den in Frage kommenden Instanzen, u. a. mit dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf und dem Gewerbeamt, wegen der juristischen Seite der Angestelltenverhältnisse bei den Vereinigten Stahlwerke A.-G. bereits Rücksprache genommen. Beide hätten erklärt, daß zum Abschluß eines neuen Dienstvertrages mit den Vereinigten Stahlwerke A.-G. die Lösung der bestehenden Dienstverträge der Angestellten durch Kündigung erfolgen müsse.

Gewerkschaftssekretär Süß vom IFA-Bund stellte die Frage, ob die Absicht bestehe, die Bestimmungen des Tarifvertrages, soweit sie Inhalt des Einzelienstvertrages geworden sind, etwa abzuändern und außer Kraft zu setzen. Er fragte weiter, ob die Vereinigten Stahlwerke A.-G. an Stelle der bisherigen Firmen Mitglieder der nordwestlichen Gruppe des Verbandes der Eisen- und Stahlindustriellen und des Zechenverbandes werde und damit den Tarifvertrag anerkenne. Die letzte Frage bejahte Generaldirektor Böglner; er erwiderte ferner, es werde nicht daran gedacht, die tarifvertraglichen Bestimmungen abzuändern. Es könne allerdings an einzelnen Punkten die Notwendigkeit vorhanden sein, auch Entlassungen vorzunehmen. Gegenwärtig bestünden Verträge mit einzelnen Angestellten, die mit einer Gültigkeitsdauer von 5 bis 10 Jahren abgeschlossen seien und Bestimmungen enthalten, die weit über die in den Tarifverträgen festgelegten Regelungen hinausgehen. Es müßten einheitliche Dienstverträge mit den Angestellten abgeschlossen werden.

Genosse Gram-Elfen vom Butab schnitt die Urlaubsfrage an, weil durch die Kündigung der alten Verträge und durch

die neuen Abschlüsse eine Kürzung der bisherigen Urlaubsgewinne eintreten könne. Generaldirektor Böglner versicherte, daß Urlaubskürzungen nicht beabsichtigt seien, jedenfalls werde man hierbei großzügig verfahren.

Sachwerte sind altes Eisen.

Arbeiter werden wie altes Eisen behandelt.

Hörde, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Verwaltungsgebäude des Fördervereins (Wöding A. G.) fanden am Donnerstag Verhandlungen über die Stilllegung des Wödingwerkes und des Thomas-Werkes des Fördervereins statt. Wödingwerk und Thomas-Werk werden zum 5. Juni stillgelegt. Die zur Entlassung gelangende Belegschaft von 50 Mann wird bis zum Ablauf der Sperrfrist am 15. Juni anderweitig beschäftigt.

Keine Kohle nach England!

Konferenz der Berg- und Transportarbeiter-Internationale.

Essen, 27. Mai. (II.) Der britische Bergarbeiterverband hat an die Bergarbeiterinternationale sowie an die Internationale Transportarbeiterföderation telegraphisch das dringende Ersuchen geschickt, die schärfsten Maßnahmen zur Unterbindung der Kohlentransporte nach England zu treffen, da die bisherige Aktion zur Durchführung der Kohlenperre gegen England fast erfolglos geblieben sei. In den nächsten Tagen sollen in Duisburg Verhandlungen zwischen Vertretern der Bergarbeiter-Internationale und der Internationalen Transportarbeiterföderation über die zu treffenden verschärften Maßnahmen zur Durchführung der Kohlenperre gegen England stattfinden.

Kohlenzwangswirtschaft in England.

London, 27. Mai. (II.) Das Bergbauamt hat die Ausführungsbestimmungen für die Rationierung der abnehmenden Kohlenporträte erlassen. Die neuen Maßnahmen sind schärfer als man sie während des Krieges oder während des Kohlarbeiterstreiks im Jahre 1921 ergriffen hat. Von morgen ab wird jede Familie nur noch 28 Pfund Kohlen die Woche erhalten. Die Kohlen müssen auch von dem bezugsberechtigten Käufer selbst abgeholt werden. Für den Bezug größerer Quantitäten ist die Zustimmung der Behörden von Fall zu Fall nötig. Den Fabrikbetrieben wird jeweils die Hälfte ihres bisherigen Durchschnittsverbrauchs zugestanden. Die Straßenbeleuchtung wird nur noch in einem sogenannten Sicherheitsminimum erhalten. Ferner sind alle Lichtreklamen unterlagt. Das nächtliche London, das in den letzten Jahren an Helligkeit und an Lichtglanz mit Berlin und Paris wetteiferte, gewährt jetzt den bekannten Eindruck einer nächtlichen Stadt, die in Erwartung eines Luftangriffes steht. Gegen Nichtbeachtung der erlassenen Vorschriften sind scharfe Strafen angedroht. Die Flottenflotte von Harbouth hat ein leichtes Quantum von Kohlen zugeeilt erhalten, um die Schiffe in die Lage zu versetzen, sich zum Bezug von Bunkerkohle in den Häfen von Amuiden zu begeben. Die staatliche Railway hat den Bootsdienst zwischen Folkestone und Boulogne und umgekehrt bis auf weiteres eingestellt.

SPD-Verbandsarbeiter. Heute, Freitag, abend 7 Uhr Fractionsversammlung in den Reichs-Anstalten, Sandberger Str. 11. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Partei- und Verbandsbuch legitimieren.
Der Fractionsvorstand.

Preis-Gewerkschaften. Heute, Freitag, abend 7 1/2 Uhr 1000 die Gruppen: Hermannplatz (Kaufhaus 2); Juvenheim Sandberger Str. 11. Otto Schwanitzstraße, Borsdorf; Arbeitervereine und Lebensreform; Bieding 1; Juvenheim Stadthaus Bieding, Gerichtstr. 60-62. Borsdorf: „Wie baut sich unsere SPD auf?“ Oberbürgermeister Gruppenheim Borsdorf, 2 (Kater Saal), Borsdorf.

Jugendgruppe des IFA. Heute, Freitag, abend 7 1/2 Uhr versammeln sich folgende Mitglieder: Heute: Juvenheim Große Sandberger Str. 15 (Zimmer 6). Nichterfahren: Südlich: Juvenheim Reichsberger Str. 66. „Von freien Wandertagen.“ Südlich: Juvenheim Belle-Alliance-Str. 7-10, Borsdorf. „Spenden: Juvenheim Sandberger Str. 11. Borsdorf über „Aberkühler“.

Bergarbeiter- und Kohlarbeiter-Gruppe der IFA. Sonntag vormittag 10 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses Wittenbergplatz. Tagesordnung: 1. Situationsbericht. 2. Kohlarbeiterangelegenheiten. Mitteilungsblatt legitimieren, ohne dasselbe kein Zutritt. Die Kohlarbeitergruppe.

Benanntlich für Politik: Ernst Reuter: Wirtschaft; Artur Gahrman: Gewerkschaftsbewegung; Friedr. Gahrman: Revolution; R. G. Wittenberg: Politik und Konflikte; Fritz Rastbach: Nationen; Ed. Glöck: Familie in Berlin. Berlin: Bernward-Berlin G. m. B. & Co., Berlin. Druck: Bernward-Berlin-Verlag und Verlagsbuchhandlung, Postfach 11, Berlin SW 68, Lindenstraße 4. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Leipziger Platz Königstraße Rosenhaier Straße Moritzplatz

Boa-Lie
Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Ausschank: Erfrischungsräum

Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Wurstwaren

Landleber- u. Rotwurst	1.10	Mettwurst Braunschweiger Art	1.50
Polnische Wurst	Pfund 1.35	Filetwurst	Pfund 1.65
Große Mettwurst	Pfund 1.35	Feine Leberwurst	Pfund 1.65
Speck fett u. mager, Pfd.	1.45	Zervelat u. Salami	Pfund 1.80
Jagdwurst	Pfund 1.50	Schinkenspeck	Pfund 1.90

Rosenhaier Str. Königsstr. Moritzplatz:

Dampfwurst	Pfund 1.05	Schinkenwurst	Pfund 1.35
Speckwurst	Pfund 1.05	Gefüllter Schinken	Pfd. 1.35

Käse u. Butter

Camembert voll. Schachtel 6 Portionen	0.65	Steinbuscher vollfett, Pfd.	1.10
Romatour	Stück 0.20	Schweizer dän. bayr. Pfd.	1.65
Tilsiter Pfd.	0.65 0.90 1.25	Molkereibutter 1/2 Pfund-Paket	0.84
Gouda dänischer	Pfund 0.68	Tafelbutter	Pfund 1.78
Edamer	Pfund 0.85	Dänische Butter	Pfund 1.95
Holländer	Pfund 0.88	Margarine	Pfund 0.56

Räucherwaren

Lachsheringe große, Stck.	0.10	Aale	Bund 0.58
Flundern pomm., Pfd.	0.38 0.45	Schleibücklinge	Pfund 0.65
Seelachs in Stücken, Pfd.	0.42		

Konserven

Stangenschnittbohnen	Dose 1/2 0.68	Preislerboeren 10 Pfd. Dose	3.75 0.82
Junge Brechbohnen I	0.68	Oelsardinen portog., Klud.	0.50
Junge Erbsen mittelfein	0.74	Corned-Beef 1/2 D.	1.65 1/2 0.83
Junge Erbsen fein	1.10	Gulasch Rind- u. Schweinefleisch, 1 Pfd.-Dose	0.63
Gemischtes Gemüse fein	1.30	Rindfleisch 2 Pfund-Dose	1.20
Pfefferlinge	0.90	Sterilisierte Vollmilch 7 1/2 % Fett, 1 Pfund-Dose	0.52
Rote Rüben	0.50	Konfitüre 2 Pfd. Elmer-Pfeumen	0.90
Apfelmus	0.65	Johannis-beeren 1.00	Aprikosen Erbsen 1.25
Mirabellen	1.10		

Frisches Fleisch

Suppenfleisch	Pfund 75 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 95 Pf.
Kalbskamm u. Brust	Pfund 85 Pf.
Kalbsnierenbraten	Pfund 95 Pf.
Schweinebauch m. Beilage	Pfund 1 M.
Schweinerücken u. Blatt	Pfund 1.05
Lieserl	Pfd. 85 Pf. Gehacktes Pfd. 80 Pf.

Geflügel

Junge Tauben	Stück 85 Pf.
Suppenhähne frisch geschlacht.	Pfund 1.15 an
Jg. Brathühner frisch geschlacht. Stück	1.45 1.65

Fische

Frischer Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische	Pfund 22 Pf.
Frische Makrelen	Pfund 22 Pf.
Frische Hechte	Pfund 50 Pf. 75 Pf.
Lebende Karpfen	Pfund 1.25
Lebende Schleie	Pfund 1.55
Lebende Aale	Pfund 1.70 an

Tafelreis	Pfund 22 Pf.
Weizengrieß	Pfund 28 Pf.
Spaghetti	Pfund 44 Pf.
Makkaroni	Pfund 44 Pf.

Gemüse u. Obst

Frischer Spargel	Pfund 0.15, 0.35, 0.50 0.75
Salat	4 Kopf 0.10
Neue Kartoffeln	3 Pfund 0.25
Grüne Gurken	Stck. v. 0.25 an
Grüne Bohnen	Pfund 0.50
Junger Kohlrabi	Mandel 0.55
Stachelbeeren unrett. Pfd.	0.25
Tomaten Algier	Pfund 0.30
Zitronen	Dutzend 0.35 0.45
Bananen	Pfund 0.50
Kirschen	Pfund 0.55

Gebrannter Kaffee eigene Rösterei

Konsum-Mischung	Pfund 2.30
Haushalt-Misch.	Pfund 2.60
Sonder-Mischung	Pfund 3.00
Olympia-Mischung	Pfd. 3.40
Globus-Mischung	Pfund 3.80
Residenz-Misch.	Pfund 4.20
Elite-Mischung	Pfund 4.60

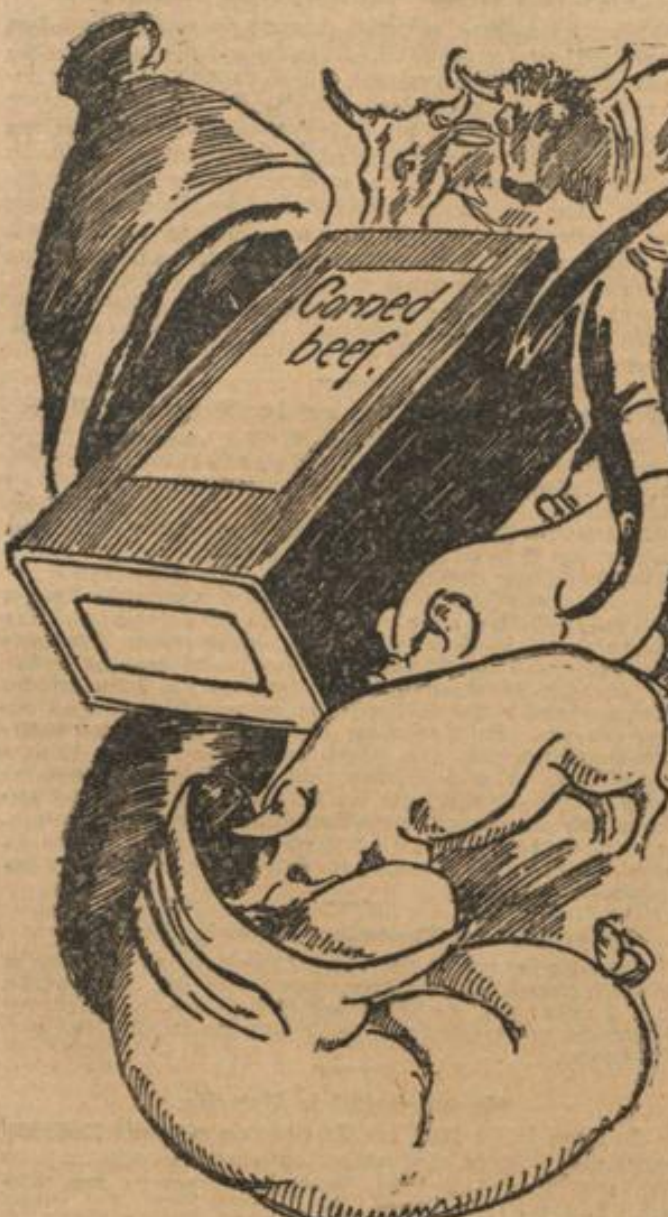
Konfitüren

Sandgebäck	Pfund 1.00
Teegebäck	Pfund 1.40
Zwieback-Schokolada	Pfund 1.12

Wein

1924 Obermosel kerniger Bowlenmosel	0.65	1921 Recondor Friedberg	1.50
1924 Sieserheimer Vogelgesang lieblich	0.75	1921 Niersteiner rassis voll	1.80
1923 Mesenicher Brunnchen milder Mosel	0.75	1922 Iphöfer Kalb kern. Frankew., Boxbeutel vollier Burgund.	1.40
1924 Edigerer Sonnenseit blumiger Mosel	1.10	1918 Beaujolais vollier Burgund.	1.50
Feiner Fruchtwein Johannisbeeren, Stachelbeeren, Kirsch- und Heidelbeeren, Cyder	0.90	Tarragona Tawny	1.20
		alt, portweinähnlich	1.65
		aus, Manuel Fernandez & Co., Jerez	

In allen Filialen Wein vom Faß zu Extra-Preisen
Preiswerter Schaumwein bis 1. Juli sekstantenfrei
Wagners Saar-Edelkristall blumiger Saarsiekt 3.80
Klob & Förster „Wappensekt“ 4.20
Schultz Grünlack Radesheim 5.50



Fleischkonserven

Die Arten der Haltbarmachung.

Der Zweck ist nicht nur, daß das Fleisch aufgehoben werden kann, sondern in der Hauptsache, daß es genießbar und be- ständlich bleibt.

Luft, Salz und Rauch.

Das Konservieren durch Trocknen oder Dörren findet in unseren Ländern im allgemeinen selten statt.

zu schaffen. Das in Streifen oder große dünne Scheiben geschnittene Fleisch wird unter gleichzeitigem Einsalzen an der Luft oder durch die Sonne gedörft.

Außer all diesen Konservierungsmethoden kommen noch andere Arten in Betracht, und zwar sind das überwiegend solche, bei denen die Konservierung durch Chemikalien stattfindet.

Ein neuer Zusammenbruch Rutiskers.

Im Anschluß an eine scharfe Auseinandersetzung mit dem Mit- angeklagten Michael Holzmann hat Swan Rutisker gestern während der Verhandlungspause des Prozesses einen schweren Zusammenbruch erlitten.

Die leichte Verderblichkeit des Fleisches hat die Menschen früh- zeitig auf Mittel sinnen lassen, dieses wichtige Nahrungsmittel längere Zeit haltbar zu machen.



„Ne“, antwortete er treuherzig, „aber ich hette mir wahr- scheinlich ne Strafe ausgedacht, bei die wenigstens de Kaffe- canne ganz jehleben wäre.“

Knorke senior und junior hatten sich im Wohnzimmer ganz häuslich eingerichtet. Erst mußte Friß über seine Erfahrungen in der Schule berichten.

Schulen, daß Lehrer das Recht haben, die Schüler zu prügeln. Ich kann doch nun nicht euch das Recht zugestehen, mich auch zu prügeln.



(Fortsetzung folgt.)

Film und Volksaufklärung.

Der rasend steile Aufstieg der Technik hat unserer Zeit den Stempel aufgedrückt. Das anbrechende Zeitalter des ozean- und polüberfliegenden Luftschiffes hat die bis jetzt gültigen Begriffe von Raum und Zeit aufgehoben. Die Kontinente sind einander nähergerückt. Die drahtlos durch den Äther schwingende Energie der elektrischen Welle beherrscht den Erdball. Die Möglichkeit, von einer Stelle aus zu den Menschen dieses Planeten sprechen zu können, bedeutet nichts mehr und nichts weniger als Revolution. Revolution im tiefsten Sinne!

Rein Wunder, wenn in dieser Zeit der Umwertung aller Werte auch Kunst und Literatur nach neuen Ausdrucksformen streben und die Zeit in ihrer hastenden, grausigen Realität einzufangen suchen. Und er hat nicht so ganz unrecht, der geistvolle Kritiker, der kürzlich einmal behauptete, daß die Dichtung unserer Zeit so recht eigentlich der Film sei. Ja, an die Stelle des Buches, das die Aufgabe hatte, zu unterhalten, zu belehren und aufzuklären, und dessen Zweckbestimmung auch die Beeinflussung nach einer ganz bestimmten Richtung war, ist mehr und mehr der Film getreten, dessen Möglichkeiten zu veranschaulichen, zu verfeinern und die Beweisführung auf kleinste Raum und kürzeste Zeit zusammenzubringen schier unerlöschliche sind. Man mag das bedauern, aber man kann es nicht aus der Welt schaffen. Im nervenaufpeitschenden Strudel unserer kapitalistischen Zeit mußte der Film das werden, was das Buch seinem ganzen inneren Wesen nicht sein konnte und nicht sein wollte: Massenart. Er ist relativ billig und kommt den Bedürfnissen der Masse nach Unterhaltung und Aufklärung am meisten entgegen.

Seit einigen Jahrzehnten ist das Kino die Quelle, aus der ein großer Teil des Volkes, der nicht zahlungsfähige, seine Unterhaltung und seine Aufklärung bezieht. Gewiß; der Schundfilm machte zum Teil künstlerisch bodenwertigen Produkten Platz. Aber neben einseitigen Rühr- und Schauergerichten wurde die weiße Leinwand zur Waffe der Bolschewikeneinführung, die um so wirkungsvoller wurde, je verächtlicher sie sich gab. „Fridericus Rex“ und eine ganze Serie Militärfilme verlor nicht ohne Erfolg die Sehnsucht nach der „alten, besseren Zeit“ des Kaiserreiches zu wecken. Diese Gefahrenquelle für die Republik zu übersehen, hieße einen großen politischen Fehler begehen.

Als wir kürzlich in Berlin den russischen Großfilm „Panzerkreuzer Potemkin“ erlebten, war zum ersten Male die Berliner Kritik sich dahin einig, daß es sich hier um ein Monumentalwerk handelt. Aber die erschütternde Wirkung des Films ist nicht allein der meisterhaften Regie zu danken, sie liegt im Stoffe selbst. Der unmittelbarer Vergangenen entnommen ist: der russischen Revolution von 1905. Und sie liegt weiter in der Kollektivarbeit der Mitwirkenden und den kolossalen Massenszenen.

Nun, wir haben auch einen deutschen Film, der in einem Querschnitt durch unsere Zeit alle Schäden erbarmungslos aufdeckt: es ist der von Martin Berger geschaffene Film „Freies Volk“, der unter der Protection der Spitzenorganisationen von Partei und Gewerkschaften läuft. Freilich, Berger haben keine Panzerkreuzer und Truppen für seine Aufnahme zur Verfügung gestanden, wie dem russischen Kollegen. Aber was er mit verhältnismäßig einfachen Mitteln geschaffen hat, ist nicht kleinlich, sondern durch die dem Leben abgelauchte Wahrheit plastisch und eindringlich. Ob es sich handelt um den Geschäftsmann alten Schlages, der durch die Konzentration des Kapitals scheitert, um den jungen Lehrer, der voll vom Idealismus einer neuen Zeit aus seiner Stellung gedrängt wird, um den Gewerkschaftsführer, der sich seiner verantwortlichen Stellung bewußt ist, um den einfachen Vertrauensmann der Landarbeit, der seiner Organisation das Hungerlohn opfert oder um die Tochter des Aristokraten, die kurz entschlossen mit glänzender Vergangenheit bricht, es ist Leben, wirkliches Leben; das da auf der Leinwand erscheint und bisher nicht seine Wirkung verfehlt hat. Gewaltig sind die visuellen Schlüsseln, die die verheerenden Wirkungen eines lästigen Castriegeres zeigen und der endliche Sieg der Internationale. Der Film der deutschen Arbeiterschaft „Freies Volk“ braucht sich wahrlich nicht zu verstecken. Es war die höchste Zeit, den offensichtlich reaktionären Filmen von rechts einen ausgesprochen republikanischen Film entgegenzustellen. Damit den Anfang gemacht zu haben, wird immer Bergers Verdienst bleiben.

Nunmehr hat auch die „Ufa“ den Film der deutschen Arbeiterschaft übernommen. Er läuft von heute ab im Ufa-Führungstheater der Ufa, Turmstraße. Die wüste Hehe, die von rechts gegen den Film in Szene gesetzt wurde, die Tatsache, daß die bayerische Regierung den Film verboten hat, sollte für die Arbeiterschaft und alle republikanischen Kreise Empfehlung genug sein, ihn zu besuchen.

Und noch eins: Man hat den Film als ein Tendenzwerk verächtlich. Wenn die Wiedergabe der Wirklichkeit Tendenz ist, dann mag es ein Tendenzfilm sein. Dann wird es aber auch höchste Zeit, den monarchistischen Tendenzfilmen vom Schlage eines Fridericus Rex republikanische Filme entgegenzustellen. Und zwar so schnell wie möglich. D. M.

Eine Bilanz nach 8 Jahren.

In Verhandlungen zu den Elternbeiratswahlen haben die nationalsozialistische Redner ihrem Vortragsthema die diesjährige Fassung gegeben: „Der Bankrott der sozialistischen Schulpolitik“. Da wollen wir uns doch einmal die Akten und Passiven der sozialistischen Schulpolitik näher betrachten.

Daß sich der Kampf rechtsstehender Kreise am meisten gegen die weltliche Schule richtet, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Fast in allen Stadtgebieten gibt es weltliche Schulen, aber die bestehenden reichen noch lange nicht aus. Es sei nur erinnert an die überaus große Anzahl von Anmeldungen für die neuerdings in Charlottenburg errichtete Schule, die leider nicht alle berücksichtigt werden konnten, weil die Räume die Kinder nicht zu fassen vermochten. Wir müssen immer wieder darauf hinwirken, daß die Zahl der weltlichen Schulen bedeutend vermehrt wird. Die Zunahme der Anmeldungen erklärt sich aus pädagogischen Erwägungen der Elternschaft. Die Lehrer, die sich freiwillig zur Beschäftigung in einer weltlichen Schule melden, sind fortgeschritten eingestellt. Diese Fortschrittlichkeit spiegelt sich in den von ihnen angewandten Erziehungsmethoden und in den von ihnen verfolgten Erziehungszielen wieder. Es ist ganz selbstverständlich, daß Eltern, die für Freiheit und Fortschritt eintreten, ihre Kinder in eine Schule schicken, in denen dem Nachwuchs die Lebensfreiheit zurückerobert und gewahrt wird. Solche Eltern können nicht wollen, daß durch veraltete Methoden die Kinder in Hörigkeit erzogen werden. Es wird oft gefragt, ob diese Ziele nicht auch in einer christlichen Schule erreicht werden könnten. O ja, sie

könnten auch da erreicht werden, aber der Weg dazu ist durch die frühere Schulpolitik verbaut worden. Man hat immer angestrebt und es auch durchgesetzt, daß die Autoritätserziehung, die die Unterordnung unter höhere Gewalten wollte, aus der Religionsstunde ins öffentliche Leben übertragen wurde. Da mit dem Religionsunterricht auch heute noch derselbe Zweck verfolgt wird, darf man sich nicht darüber wundern, daß die Zahl der weltlichen Schulen dauernd im Steigen ist. Die religionslose Schule ist nicht das Produkt einer religionsfeindlichen Agitation irgendeiner Partei. Die Schulreaktionäre selber haben durch ihre

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Frauen!

Der von der bayerischen Regierung belämpfte Film

„Freies Volk“

Regie: Martin Berger

läuft ab heute bis 3. Juni im Ufa-Theater, Moabit, Turmstraße 25/26. — Besucht und werdet für den Film.

UDB., Ortsstell Berlin. Ufa-Bund, Ortsstell Berlin. UDB., Ortsstell Berlin. Bezirksverband Berlin der SPD.

Uebertreibungen aufgeklärten Eltern den richtigen Weg gewiesen. Darf man sich wundern, daß jetzt die Deutschnationalen sich in Wutausbrüchen Luft machen?

Heute schon über die Ergebnisse der sozialistischen Schulpolitik zu streiten, hat keinen Sinn. Unsere Gegner wissen so gut wie wir, daß sich die Ergebnisse einer Kulturpolitik erst nach längerer Zeit zeigen können. Wären die Deutschnationalen über Arbeitsschule, Werkunterricht und Preisgabe des Autoritätsprinzips schimpfen. Sie werden die moralischen Erfolge der neuen Schule nicht wegdemeistern können. Ein freies, freudiges Arbeiten in der Schule wird unseren Kindern die Schule zu einer Stätte der Beglückung machen.

Mit gezücktem Messer auf den Staatsanwalt.

Ein neuer Attentats- und Selbstmordversuch im Gerichtssaal.

Zum dritten Male innerhalb des Zeitraumes von knapp einer Woche ereignete sich gestern wiederum die Ausschreitung eines Angeklagten gegen das Gericht. Vor dem Amtsgericht Schönberg hatte sich am Donnerstagnachmittag der Invalide Bernhard Berg wegen Körperverletzung zu verantworten.

Der Angeklagte, ein sehr aufgeregter Mann, lebte mit seinen Eltern in einem Hause in der Humboldtkroche in Steglitz, einem Ingenieurepaar G., seit Jahren in bitterer Feindschaft. Eines Tages hatte er wieder auf dem Flur einen Zusammenstoß und geriet dabei in so große Wut, daß er mit seinem Schädel den Ingenieur niederstieß, so daß dieser einen Arm brach. Die Ehefrau seines Gegners stieß die Treppe hinunter, so daß sie bis in den Keller hinabstürzte und starke Hautabschürfungen erlitt. Ingegnieur der starken Verwundung des Angeklagten betrachtete der Anklagenrichter Oberamtsanwalt Reinbacher die Ausschreitung des Angeklagten verhältnismäßig milde und beantragte einen Monat Gefängnis und Bewährungsstrafe.

Während der Richter im Beratungszimmer weilte, zog Berg plötzlich ein Messer hervor und ging, mit der blanken Klinge vor sich hinstufelnd, auf den Oberamtsanwalt los. Er war nur noch wenige Schritte von dessen Platz entfernt, als der Justizwachtmeister Schindler noch rechtzeitig zuspringen und ihn von hinten packen konnte. Berg schlug nun mit dem Messer um sich und verletzte sich selbst zwei Stiche in die Brust. Mit Hilfe eines Zeugen konnte der Justizwachtmeister den löblüchtigen Ankläger überwältigen und ihm das Messer entwinden. Der sofort herbeigerufene Gefängnisarzt legte dem stark blutenden Selbstmordkandidaten, der sich zwei Stiche in die Lunge verletzt hatte, einen Rotverband an; dann wurde Berg durch seine Ehefrau fortgeführt. Das in Abwesenheit des Angeklagten verkündete Urteil lautete entsprechend dem Antrage des Oberamtsanwalts.

Die Ursachen des schweren kurzschlußunglücks in den Elektrizitätswerken Charlottenburg, Am Spreedord, bei dem drei Arbeiter schwer verletzt wurden, ist noch immer nicht geklärt. Die Monteurs Kreitner und Konevski, die überaus schwere Verbrennungen davon getragen haben, liegen noch immer schwer

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 28. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.10 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau. Margarete Caemmerer: „Schulswang und Elternsorgen“. 5 Uhr nachm.: Klavierkonzerte. 1. Liszt: Polonaise E-Dur. 2. Chopin: Walzer As-Dur. 3. Chopin: Walzer Des-Dur. 4. Schubert-Tausig: Militärmarsch. 5. Brahms: Drei ungarische Tänze (Prof. Joseph Weiß). 5.30-6.30 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Perdy Kaufmann. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. 7 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Sprachunterricht. Französisch (Prof. O. Colson). 7.25 Uhr abends: Einführung zu der Oper „Der Barbier von Sevilla“ am 29. Mai. 7.50 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Astronomische Erdkunde. Dr. Adolf Marouse: „Einführung in die astronomische Erdkunde (Zustand des Erdinneren)“. 8.30 Uhr abends: Feier anlässlich des 650jährigen Bestehens der Stadt Marienburg. Dir.: Bruno Seidler-Winkler. 1. Joh. Seb. Bach: Brandenburgisches Konzert Nr. 4. 2. Ansprache des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen Dr. Siehr, Königsberg. 3. Beethoven: III. Sinfonie (Eroica). Allegro con brio — Marcia funebre — Scherzo: Allegro vivace — Finale: Allegro molto. (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Freitag, den 28. Mai.

1.05-1.35 Uhr nachm.: C. Graef: Die Kunst des Sprechens für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: O. M. Alferi u. Fr. v. Eysenroth: Spanisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Rektor Karselt. Berlin: Die wirtschaftlichen Grundtatsachen. 4-4.30 Uhr nachm.: Dr. Käthe v. Herwarth: Die wirtschaftlichen Aufgaben der Landfrau. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5 bis 5.30 Uhr abends: Dr. Max Winkel: Zucker und Honig. 7.30-8.20 Uhr abends: Fortbildungsvorträge für Aerzte. (Themen und Namen der Dozenten werden in den ärztlichen Fachzeitschriften bekanntgegeben). 8.30 Uhr abends: Uebertagung von Berlin.

darüber. In Ihrem Befinden ist keine Besserung zu verzeichnen. Dagegen ist der verlegte Monteur Siegler außer Lebensgefahr. Eine Vernehmung war bisher bei noch keinem der Verletzten möglich. Erst diese Vernehmung wird voraussichtlich ein genaues und klares Bild über die wirkliche Ursache ergeben.

Schweres Automobilunglück bei Schildhorn.

Ein schweres Verkehrsunfall ereignete sich gestern abend kurz vor 10 Uhr auf der Verbindungschauvee nach Schildhorn in der Nähe der Heerstraße. Der Motorradfahrer Polizeioberwachmeister Klippel befand sich mit seiner Ehefrau auf seinem Motorrad auf dem Heimweg. Plötzlich tauchte vor ihm ein Privatauto auf und ehe er es verhindern konnte, fuhr er mit dem Auto zusammen. Durch den überaus heftigen Anprall wurde K. mit seiner Ehefrau in hohem Bogen vom Rade geschleudert. Nach langem Suchen wurden sie weit entfernt in einem Gebüsch mit schweren inneren Verletzungen aufgefunden und nach dem Bestehen Krankenhaus übergeführt; ihr Befinden ist sehr besorgniserregend. Die Schuldfrage konnte bisher nicht geklärt werden. Vermutlich wurde Klippel durch die Scheinwerfer des entgegenkommenden Privatautos geblendet.

Großdeutsche Kundgebung auf der Alpenausstellung.

Am kommenden Sonntag, den 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, veranstaltet das Reichsbanner in der Funthalle am Kaiserdamm, in der kurzzeit die Alpenländische Sommerchau stattfindet, eine großdeutsche Kundgebung. Die Mitglieder des Reichsbanners treten um 2 Uhr im Tiergarten, auf dem Wittenbergplatz und am Bahnhof Zoo an und marschieren von dort aus in geschlossenen Zügen nach dem Kaiserdamm. Das Programm ist für diesen Tag noch besonders reichhaltig gestaltet. Julius Emdenhofer spielt, Alfred Seierle wird eine Anzahl großdeutscher Dichtungen sprechen. Führer der großdeutschen Bewegung Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs werden Ansprachen halten. Dem gefälligen Zusammensein ist durch mehrere Tanzstätten und die Vergnügungen des Wiener Traters in weitgehendstem Maße Rechnung getragen. Die Ausstellung erfreut sich wegen ihrer ausgezeichneten Aufmachung eines ständig wachsenden Besuches. Besonders erfreulich ist es daher, daß durch das Entgegenkommen des Reichsbanners für die Mitglieder des Reichsbanners und ihrer Angehörigen, die an der Sonntags-Veranstaltung teilnehmen wollen, der Eintrittspreis auf 1 M. herabgesetzt worden ist. Eintrittskarten für die Veranstaltung sind bei den Funktionären des Reichsbanners zu haben.

Folgeschwere Dynamitexplosion in Schweden.

Beim Pressen von Dynamit in Grangesberg bei Falun in Schweden ereignete sich am Donnerstag mittag eine Explosion, bei der 6 Personen, ein Mann und fünf Frauen, getötet und 12 Personen verletzt wurden. Die Ursachen des Unglücks sind noch nicht bekannt.

Grubenunglück in Amerika.

In einem in der Nähe von Soranton gelegenen Anthrazitkohlenbergwerk ist ein Grubenbrand ausgebrochen, durch den etwa 50 bis 60 Bergleute im Innern des Bergwerks vom Ausgang abgeschnitten worden sind.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wöchentliche Versammlungen: Freitag, von 5-7 Uhr Abrechnung der Betriebsarbeiten. Ausrede des „Juni-Lustwand“ voran.

heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr:

Schönbühne: Schillerheim Schönbühne. 1. Ausprobieren: „Arbeiterjugend“. 2. Ruchoff U. Jansenheim. 3. Dorothea Str. 62. 4. Arbeiter-Innenrat im Betrieb. 5. Weikerte U. Jansenheim. 6. 197. 7. Vortrag: „Internationale Sozialdemokratie“. 8. Sonntag abends 7 Uhr Filmvorstellung: „Der Kampf um die Freiheit“. 9. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 10. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Österreich“. 11. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Frankreich“. 12. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Italien“. 13. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Spanien“. 14. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in der Türkei“. 15. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in der Sowjetunion“. 16. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in den USA“. 17. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in China“. 18. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Indien“. 19. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Japan“. 20. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Australien“. 21. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Südamerika“. 22. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Afrika“. 23. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Ozeanien“. 24. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in der Welt“. 25. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in der Zukunft“.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, den 27. Mai.

1. Rennen. 1. Gerhard (H. Wills). 2. Erbsprinz jr. (Rindstedt). 3. Lucie Dasse (H. Wills). Toto: 15:10. Platz: 12, 21, 31:10. Ferner liefen: E.H. Str. Laid, Herb Solo, Dina Waffa, Alice Lobbington (Barwick), Krollsch, Langmacher, Edelreis, Armentier, Baron Gebler, Schiller Leddy, Recheferin, Rahmstuel, Floriba, Koborn, Romdiant, Grita.
2. Rennen. 1. Konrad (H. Wills). 2. Dornblume (H. Wills). 3. Rindstedt (H. Wills). Toto: 8:10. Platz: 15, 28, 21:10. Ferner liefen: Gerolomus, Paula Ringen, Colanona, Sonntagsspring, Citron, Kurgall, Venus, Eise B. I.
3. Rennen. 1. Rüdlich (H. Wills). 2. Kohlenkönig (H. Wills). 3. Kopeke (H. Wills). Toto: 6:10. Platz: 22, 13:10. Ferner liefen: Felsried, Rasmir.
4. Rennen. 1. Interpellant (H. Wills). 2. Franke (H. Wills). 3. Fels (H. Wills). Toto: 22:10. Platz: 12, 14, 16:10. Ferner liefen: Bauska, W.H. Bodmorth, Gabiac Kymorfu, Grematis Blau, Goffenmadel, Tella, Beschfeld.
5. Rennen. 1. Blauweiss (H. Wills). 2. Benedikt (H. Wills). 3. Krieger jr. (H. Wills). Toto: 23:10. Platz: 12, 14, 14:10. Ferner liefen: Kalkbach, Brillon Prinz, Sippologe, Uddula Silber, Peraltta, Kitzaffler, Cailite B.
6. Rennen. 1. Uberglaube (H. Wills). 2. Erdmann (H. Wills). 3. Dornblume (H. Wills). Toto: 15:10. Platz: 11, 13:10. Ferner liefen: Northern, Jolete.
7. Rennen. 1. Heide (H. Wills). 2. Inbell (H. Wills). 3. Götterhale (H. Wills). Toto: 8:10. Platz: 19, 20, 21:10. Ferner liefen: Alpenkönig, Prinzessin Victoria B., Terraria, Baldrion I., Gertheiser, Koldola, Indlaner, Gebejer, Gladiolus I., Ange I., La. Jimenez, Ballast.
8. Rennen. 1. The Ritter (H. Wills). 2. Wilmart (H. Wills). 3. Barmaid (H. Wills). Toto: 7:10. Platz: 19, 16, 15:10. Ferner liefen: Königstaber, Flamingo, Corona H. Kinney, Lodung.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.) Wärmer, viel Wind. Trocken. — Für Deutschland. Südwestdeutschland höher und bewölkt, sonst von Westen nach Osten sich fortsetzende Erwärmung und Auflockerung.

Eine neue
MASSARY
ZIGARETTE



URTEILEN SIE SELBST!

Ist das Fürsorge für erwerbslose Jugend?

In Berlin gibt es einen Hauptausschuss für Selbstübungen und Jugendpflege, bei dem Aufbau der Berliner Jugendwohlfahrtspflege eine in dieser Form eigentlich überflüssige Institution. Aber — der Hauptausschuss hat eine Tradition. Leiter des Hauptausschusses ist Professor Heinrich und auch er ist offenbar nur der Tradition wegen noch im Amte.

Professor Heinrich hält sich für seinen Hauptausschuss ein Jugendheim in der Großen Frankfurter Str. 17. Und das, obwohl die Dezentralisation der Jugendarbeit in Berlin in der Jugendheimfrage eine viel bessere Arbeit gewährleistet. Um aber doch den Zeiterfordernissen Rechnung zu tragen, ließ sich Prof. Heinrich breitschlagen, das Heim dem Bezirk Friedrichshain für die erwerbslose Jugend zur Verfügung zu stellen. Der Bezirk Friedrichshain konnte, obwohl schon im Bezirk sechs Heime für diesen Zweck bereitgestellt sind, auch dieses Heim noch dringend gebrauchen; er verpflichtete sich, etwaigen Schäden zu ersetzen. Wo Jugend sich versammelt, geht es nicht immer sehr still her, besonders aber, wenn es sich um Jugend handelt, die infolge ihrer sozialen Schichtung schwer zu bearbeiten ist und bisher in keiner Weise organisatorisch erfaßt war. Herr Prof. Heinrich und seine Helfer in Verwaltungsausschuss des Jugendheims hatten für derartige Vorkommnisse jedoch kein Verständnis. Ohne tiefgehende Nachprüfung der Ursachen der entstandenen Schäden ergab sich für sie, daß nur die Erwerbslosen verantwortlich zu machen seien und damit das Bezirksjugendamt. Spätere Feststellungen des Jugendamtes ergaben aber, daß manches auf Konto der anderen Jugendverbände — darunter der berühmte Bismarck-Bund — zu setzen war. Die abends das Heim besuchten. Die Räume wurden durch den Herrn Professor mit 48 Stunden Frist gekündigt. Erst ein energischer Einspruch des Jugendamtes brachte einen Aufschub von acht Tagen. Der engere Verwaltungsausschuss nahm einen wesentlich anderen Standpunkt wie sein Vorgesetzter ein und revidierte sofort die selbstherrlichen Entscheidungen des Prof. Heinrich.

Wir haben nun nach dem erhellenderen günstigen Ausgang der Angelegenheit dennoch in aller Öffentlichkeit einige Fragen aufzuwerfen, die dringende Regelung verlangen. Der Leiter des Hauptausschusses, Prof. Heinrich, hat in einem außerordentlich selbstherrlichen Sinne in wichtige jugendpflegerische Arbeit zu deren Schaden eingzugreifen versucht, während es ihn nie störte, wenn abends einzelne in dem genannten Heim tagende Vereine bis spät in die Nacht hinein ungehindert monarchistische Viederbrüllten. Er hat anscheinend nichts daran gefunden, wenn Exerziervorschriften und ähnliche Dinge bei den Zusammenkünften eine bestimmte Rolle spielten. Er wußte sicherlich auch „amüßig“ nie etwas davon, daß im Keller des Jugendheims Liebungshandgranaten lagerten, die zweifellos in sehr sonderbarer Weise den Zwecken der Jugendpflege und Selbstübungen dienen. Er hat aber sofort eingegriffen, als ein proletarischer Bezirk sozial wichtige Jugendarbeit leistete und dabei geringfügige Störungen der Ordnung im Augenblick zwar nicht verhindern konnte, Schäden aber sofort beseitigte. Wie vereint der Herr Oberpräsident diese Vorkommnisse mit seiner eigenen Stellungnahme zur praktischen Jugendpflege? Und was hat der Volkswohlfahrtsminister zu solcher geistlich lenken Stellungnahme in jugendpflegerisch wichtiger Wohlfahrtsarbeit zu sagen? Wie lange will man den Zustand aufrechterhalten, daß in einem in der sozialen Fürsorge anerkannt gute Arbeit leistenden Bezirk eine andere halbamtliche Stelle ein Heim offenhält, das wirtschaftlich gesehen weder leben noch sterben kann? Was soll uns überhaupt ein „Hauptausschuss für Selbstübungen“, nachdem die Bildung des Stadtausschusses für Selbstübungen beschlossen ist?

1. Bezirk — Mitte.

Die Beräumung des Stadtspektors Gerhardt beim Hauptsteueramt Mitte beschloß die letzte Bezirksversammlung. Von der Versammlung war ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, dem auch unsere Genossen A. Hoffmann sen. und Thiemcke angehörten. Mit den Nachforschungen wurden zwei Mitglieder beauftragt, sie stellen fest, daß eine zu strenge Durchführung der vom Magistrat herausgegebenen Richtlinien für den Betrieb bei den Bezirkssteuerämtern und der Abbau der Angestellten die Beräumungen begünstigen. Trotzdem dem Publikum bekannt war, daß Zahlungen nur an die Kasse geleistet werden dürfen, haben doch direkte Zahlungen an Gerhardt stattgefunden. Der Ausschuss war nach der Berichterstattung durch die beiden Referenten einmütig der Ansicht, daß die Untersuchungen nur auf das Vergehen des vom Magistrat eingeführten Systems zurückzuführen sind. Durch eine Rundverfügung vom 15. März ist der Magistrat zum früheren System zurückgekehrt. Ein Verstoß der mit der Aufsicht betrauten Personen wurde nicht festgestellt. Mit diesem Resultat waren aber die Stadtverordneten Rerten (Dem.) sowie Dr. Kunz unzufrieden. Der letztere versucht immer wieder die sozialdemokratischen Mitglieder des Bezirksamtes für diese Dinge

verantwortlich zu machen. Daß es ihnen nur darauf ankommt, bewiesen die Herren durch einen Zusatzantrag zu dem von dem Ausschuss gefaßten einmütigen Beschluß.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

Die Bezirksverordnetenversammlung am 19. Mai vertiefte zu einem Teil außergewöhnlich dramatisch. Veranlassung dazu war eine Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei, in der um Auskunft ersucht wurde, nach welchen Grundsätzen gegenwärtig die Behandlung der Beamten und Angestellten im Bezirksamt stattfindet; ob für diese allein die dienstliche Qualifikation maßgebend ist oder politischen Einstellungen entscheidender Einfluß eingeräumt wird. Eine Begründung der Anfrage hielten die Antragsteller nicht für nötig und lehnten sie ab. Durch Fragestellung stellte der Bürgermeister Genosse Dr. Ostrowski daher zunächst Sinn und Umfang der Anfrage fest und gab dann Auskunft. Er definierte den Begriff „Beamter“ und erklärte, daß sich dieser Begriff auch in der Republik nicht geändert habe, und

Alle denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten werben im Betrieb Schulbau!

gab dann seine Auffassung über seine Stellung als Beamter des Bezirksamtes und unmittelbarer Staatsbeamter bekannt. Er verwies hierzu auf seine Rede an seinem Einführungstage, in der seine Worte „von dem Geist des Widerstrebens“ von der Versammlung vermerkt worden seien und erklärte dazu, was er damit gemeint hatte. Wer der republikanischen Staatsform widerstrebe, verdinge sich an Volk und Wirtschaft. Aus diesem Grunde werde er nicht dulden, daß sich ein solcher Geist innerhalb der Beamten des Bezirksamtes erhebe. An Hand von Beispielen bewies er dann, wie hiergegen verfahren und von ihm Abhilfe geschaffen worden ist. Er erklärte: Ein Beamter, der seinen Dienst pflichtgemäß erfüllt, wird mit mir nie in Konflikt kommen. Während des Dienstes hat ein Beamter niemals etwas dem Staat abträgliches zu tun; ein Beamter, der durch seinen Eid dem Staat verbunden ist, hat dem Staat förderlich und nicht hinderlich zu sein. Eine politische Betätigung außerhalb des Dienstes geht mich nichts an.“ Hieran schloß sich eine etwa eine Stunde dauernde Debatte, in der die Antragsteller allerdings der Auffassung des Bürgermeisters über die Dienstpflichten recht gaben, aber es nicht verstehen wollten oder konnten, daß auch die Angehörigen ihrer Partei sich dieser Auffassung zu beugen haben. Vom Genossen Kreuziger wurde ihnen ein recht deutliches Spiegelbild vorgehalten und ihnen schließlich gesagt, daß wir von ihnen gelernt haben und daß die Aufschüben gegebenenfalls keineswegs wieder so glimpflich davonkommen würden, wie 1918. Schließend (RPD.) betonte, daß die RPD. es der Sozialdemokratie zum Vorwurf mache, daß von ihr nicht energisch genug gegen die reaktionären Elemente in Staat und Verwaltung vorgegangen werde; er versicherte aber der Reden, daß, wenn es gegen sie gehen werde, es keinen Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geben werde. Im übrigen wurde der Genosse Kranz als Bezirksverordneter eingeführt. Einer Vorlage über Verpachtung des Geländes der Ollivier- und Schönlanter Straße wurde zugestimmt. Auf diesem Gelände will die „Gemeinnützige Heimstätten-Spar- und Bau-V.G.“ 242 mittlere und kleine Wohnungen herstellen, die den Mietpreisen nahezu gleich sein sollen. Weiter erklärte die Versammlung sich damit einverstanden, daß alle vorhandenen Flächen an dem Wasserwerksgrundstück an der Belforter Straße unter Fortfall der Rauer zu Erholungsplätzen umgestaltet und die größeren Gebäude für die Zwecke der Jugendpflege ausgebaut werden. Für die Säuglingsfürsorge in der Wörther Straße, die dem Verkehr durchaus nicht mehr genügt, sollen umgehende Räume hinzugemietet und eingerichtet werden. Das Bezirksamt hofft, dies trotz der Schwierigkeiten, die vom Magistrat gemacht werden, zu erreichen.

11. Bezirk — Schöneberg-Friedenau.

In der Bezirksversammlung vom 19. Mai kam die ablehnende Antwort des Berliner Magistrats über die Wiedererrichtung einer städtischen Seefischhalle im hiesigen Bezirk zur Sprache. Genosse Peterson konnte darauf hinweisen, wie seinerzeit auf Betreiben der Wirtschaftspartei durch die Mehrheit der Räte die Aufhebung der Seefischhalle erzwungen wurde, trotzdem sie sich viele Jahre hindurch im Interesse der Konsumenten preisregulierend bewährte und noch mit guten Ueberschüssen gearbeitet hatte. Einmal abgebaut, lasse eine solche Einrichtung sich schwer wieder einführen, auch wenn der für die Allgemeinheit entstehende Vorteil durchaus ersichtlich sei. Im Anschluß hieran begründete unser Redner einen Antrag auf stärkere Zuteilung von Bezirksfleisch mit Rücksicht auf die minderbemittelte Bevölkerung. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung zur weiteren Behandlung kommen. Eine deutschnationalen Anfrage über das Eintreten des Behrers Ruhn von der

4. Gemeindefschule in der Kolonnenstraße für die Konsumgenossenschaften hatte bereits am Tage vorher die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloßigt und durch unsere Genossen eine recht eindrucksvolle Erwiderung erfahren. Jedenfalls mußte die Abfuhr gut gefallen haben, denn Herr Major Merkel zog hier etwas zeitigen die Anfrage zurück. Vielleicht war ihm auch in letzter Stunde noch in Erinnerung gekommen, daß vor kurzem ein der Deutschnationalen Volkspartei nahestehender Minister den ob ihrer schlimmen wirtschaftlichen Lage ihn um Hilfe anrufenden Unterbeamten die Konsumverkaufsstellen als Musterbetriebe und billige Einkaufsstelle und als Ersparnisquelle empfohlen hatte. Dieses offensichtliche Aneifen der deutschnationalen Fraktion erregte die Heiterkeit der Versammlung und der gutbesetzten Zuhörtribüne. Die Bezirksamtsvorlage über eine Wiederbesetzung der durch den Tod des früheren Inhabers freigewordenen Stelle eines besoldeten Bezirksamtsmitgliedes wurde auf Antrag unserer Fraktion einem Sonderauschuss zur Beratung überwiesen. Eine kommunistische Anfrage über den durch Gasvergiftung verursachten Tod der hier wohnhaften Familie Engel wurde ausführlich vom Wohlfahrtsreferenten, Genossen Herzberg, dahin beantwortet, daß bei aller Tragik dieses bebauernswerten Falles man nicht außer acht lassen dürfe, daß alle Anträge der erst seit Anfang dieses Jahres in den hiesigen Bezirk zugezogenen Familie vom Wohlfahrtsamt sofort erfüllt worden seien. Dies wurde auch von unserer Fraktion anerkannt, aber darüber hinaus an alle amtlichen und ehrenamtlichen in der Wohlfahrtspflege tätigen Personen die eindringliche Mahnung gegeben, derart schwierigen Fällen ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Eine besonders lebhaft debattierte die vielen Klagen über die Speisungen des Schöneberger Volksküchenvereins hervor, die zunächst eine kommunistische Rednerin mit vielem Material in oft recht drastischer Form belegte. Frau Stadträtin Fromm von der Deutschen Volkspartei verurteilte den Volksküchenverein zu verteidigen, schloß aber weit über das Ziel hinaus. Sie mußte sich vom Genossen Wilberg lösen lassen, daß viele Stichproben durch Vertrauensleute unserer Fraktion ebenfalls die Berechtigung der Klagen über die Minderwertigkeit des Volksküchenvereins ergeben hätten. Da das Wohlfahrtsamt fast allein den Betrieb der Volksküche erhalte, könnte sehr wohl die Uebernahme in eigene Regie in Ermägung gezogen werden. Zur Klärung der vielen Beschwerden und der künftigen Maßnahmen beantragte unser Vertreter Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, welchem Antrag auch stattgegeben wurde. Ferner lagen erneut die Pachterträge mit der Gemeinnützigen Baugesellschaft Berlin-Heerstraße und der Heimstättenfiedlung Berlin-Wilmersdorf über die Wohnungsneubauten in der Rubensstraße und in der Verlängerten Insbucker Straße vor. Genosse Czeminiski wies nachdrücklich darauf hin, daß durch in den Pachterträgen vorgegebene Mehrerhöhungen an Miete- und Sanitationsbauten eine Mieterhöhung der neuen Wohnungen keineswegs bedingt sein dürfte. Die Mieten müßten für die Bewohner der jetzigen Holzhäuser ermäßigend sein. Die Gesellschaften sind anzuhalten, Ein- bis Drei-Zimmer-Wohnungen zu bauen, deren Kosten bei der Wohnungsnotfrage am fühlbarsten ist. Bei den Verhandlungen mit den jetzigen Holzhausbesitzern solle möglichs Entgegenkommen bewiesen werden, da diese viele Wohnungs-schwierigkeiten zu ertragen und durch Schaffung notwendiger Einrichtungen oft auch bedeutende Kosten gehabt hätten. Genosse Czeminiski verlangte dringend die rasche Förderung der Wohnungsneubauten.

17. Bezirk — Lichtenberg.

Die letzte Bezirksversammlung zeigte eine für unser Bezirksparlament letzte Erscheinung: alle Anträge wurden einstimmig angenommen. Einer für Lichtenberg überaus wichtigen Vorlage des Bezirksamtes, die Abträge im Haushaltsplan betraf, wurde ohne Aussprache zugestimmt; ebenso einem Antrage unserer Genossen, der die ärztliche Versorgung aller nicht pflichtverpflichteten Fürsorgeberechtigten fordert. Genosse Gronwald begründete den Antrag, der dann noch auf die Kleinrentner ausgebeht wurde. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war eine Anfrage unserer Fraktion über das Schnellbahnprojekt Alexanderplatz-Frankfurter Allee-Lichtenberga-Friedrichsfelde. Genosse Schubart führte in seiner Begründung aus, daß nach Zeitungsberichten dieser Plan, der der älteste ist, zugunsten westlicher und südlicher Linien zurückgestellt werden sollte. Er zeigte, wie ungerecht eine solche Maßnahme wäre. Ueberfüllte Wagen, große Anstimmungen an den Haltestellen, stundenlanges Warten zwingen die arbeitende Bevölkerung des Ostens, täglich 3 bis 4 Stunden für den Weg zur und von der Arbeitsstelle zu opfern. Bürgermeister Genosse Dr. Siggel bantwortete die Anfrage. Er zeigte die Schwierigkeiten, die sich dem Plan entgegenstellen. Die Entzignung von Häusern in der Landsberger Straße und der damit verbundene Verlust von Wohnungen beim Abriß der Häuser sind die Hauptschwierigkeiten. Diese Nachteile würden allerdings überwogen von dem Nutzen, den die Allgemeinheit von dem Bau der Schnellbahn haben würde. Auch die Siedlungstätigkeit würde entschieden gefördert. Einer Aus-

Leinen

Kinder weiß Leinen-Schnürstiefel, Gr. 25-26 3.90, Gr. 23-24 3.50, Gr. 20-22 2.90, Gr. 18-21 . . . 2⁶⁰

Mdch. weiß Leinen-Spangenschuhe, Gr. 36-39 5.00, Gr. 31-35 5.40, Gr. 27-30 4.80, Gr. 25-26 . . . 4²⁰

Dam. weiß Leinen-2-Spangenschuhe, Pumps, sowie grau Leinen-Spangenschuhe . . . 5⁹⁰

Weiße Leinen-Spangenschuh mit weißer Kordelverzierung . . . 5⁹⁰

Sandalen

Braun Rindleder-Sandalen, durchgehende oder genö. Unterböden, Gr. 43-46 3.90, Gr. 36-42 6.50, Gr. 31-35 5.50, Gr. 27-30 4.50, Gr. 23-26 3.50, Gr. 21-22 . . . 2⁹⁰

Braun glatt Rindleder-Sandalen mit biegsamer Sohle, Gr. 43-46 8.50, Gr. 36-42 7.50, Gr. 31-35 6.50, Gr. 27-30 5.20, Gr. 23-26 4.20, Gr. 18-22 . . . 3⁶⁰



Sport- u. Turnschuhe

Tennischuhe, weiß Leinen mit roter Gummisohle, Herren 5.90, Damen . . . 4⁹⁰

Turnschuhe, grau Segeltuch mit Chrom- oder Ledersohle, Gr. 43-46 3.90, Gr. 36-42 3.40, Gr. 31-35 2.90, Gr. 27-30 2.50, Gr. 25-26 2.20, Gr. 21-24 . . . 1⁹⁰

Bootschuh mit weiß angelegener und Crepp-Gummisohle, sportgerechte Ausführung.

Extra billiges blondes Angebot

Beige u. grau echt Box calf 1-Spangenschuhe, Comleb-Absatz . . . 12⁵⁰

Blond echt Chevreau 1-Spangenschuhe mit millimeter Eidechsen-Bordüre . . . 14⁵⁰

118 eigene Verkaufsstellen, davon 19 in Groß-Berlin und Potsdam:

SW. Friedrichstr. 210/41	O. Andreasstr. 30
W. Potsdamer Str. 80	O. Frankfurter Allee 22
(an d. Kurtfürststr.)	SO. Oranienstr. 2a
W. Schillstr. 16	SO. Wrangeistr. 49
N.W. Beusselstr. 29	C. Spillermarkt 15
N.W. Turmstr. 41	C. Rosenthaler Str. 14
N.W. Wilmersacker Str. 22	Neukölln, Bergstr. 30/31
N. Brunnenstr. 87	Ch. Götterburg, Wilmers-
N. Danziger Str. 1	gorler Str. 122-23
N. Friedrichstr. 130	Potsdam, Branden-
N. Möllersstr. 3	burger Str. 84

Gewaltige Ausdehnung des Stromabsatzes.

Die Berliner städtischen Elektrizitätswerke im Jahre 1925.

Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke A. G., die Bewag, wie sie kurz genannt wird, legt ihren Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr 1925 vor. Es ist ein glänzendes Bild, das dieser Bericht vor den Augen des Lesers auftritt. Wenige deutsche Elektrizitätswerke, überhaupt wenige industrielle Unternehmungen in Deutschland, sind in der Lage, im abgelaufenen Jahre ähnliche hervorragende Leistungen aufzuweisen. Auf allen Gebieten des weit verzweigten Elektrizitätswesens, in der Tarifgebearbeitung, in der Stromerzeugung, in der Stromverteilung, in den finanziellen Ergebnissen usw., immer stehen die Berliner städtischen Elektrizitätswerke in der vordersten Reihe der deutschen Elektrizitätswirtschaft.

Das Wachstum des Stromabsatzes.

Die Zahlen des Stromabsatzes zeigen ein Wachstum, wie es kaum von einem anderen Elektrizitätsunternehmen erreicht wird. Die nutzbar verkaufte Energiemenge stieg von 482 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1924 auf 662 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1925. Das ist ein Zuwachs von rund 200 Millionen Kilowattstunden gleich rund 44 Proz. Diese Vermehrung ist größtenteils eine Wirkung des billigen Grundgebührentarifes, der es auch den minderbemittelten Schichten unserer Bevölkerung ermöglicht, die elektrische Beleuchtung und den elektrischen Kraftantrieb zu benutzen. Der durchschnittliche Strompreis, den die Abnehmer in Berlin im Jahre 1925 zu zahlen hatten, war 13,3 Pf. für eine Kilowattstunde gegenüber 16,4 Pf. im Vorjahre. Die Ermäßigung des Strompreises ist also recht bedeutend.

Steigerung der eigenen Stromerzeugung.

Die Stromlieferung Berlins ist bekanntlich geteilt. Sie erfolgt zur einen Hälfte von den Elektrowerken her, die im Besitze des Reiches sind, zur anderen Hälfte erfolgt sie aus eigenen städtischen Zentralen. Die Elektrowerke liefern den sogenannten Fremdstrom, die städtischen Zentralen den Eigenstrom. Im abgelaufenen Jahre 1925 nahm die Berliner Elektrizitätspolitik jene Wendung, die darin bestand, die Eigenerzeugung wieder mehr als bisher zu fördern und sie gegenüber dem Fremdstrom zu stärken. Ein Ergebnis dieser veränderten Politik war der Beschluß, ein eigenes Großkraftwerk von bedeutender Leistungsfähigkeit in Rummelsburg zu errichten. Dieses Kraftwerk wird freilich erst Ende d. J. bzw. Anfang nächsten Jahres in Betrieb kommen. Die veränderte Orientierung wirkte sich aber bereits im Jahre 1925 in der Weise aus, daß der gewaltige Zuwachs von rund 200 Millionen Kilowattstunden nur noch zu einem kleinen Teil dem Fremdstrom zuzuführen, zum weitaus größten Teile aber auf die Eigenerzeugung übernommen wurde. Während der Fremdstrom im Jahre 1925 gegenüber 1924 eine Vermehrung von nur 8,8 Proz. aufweist, beträgt der Zuwachs in der Eigenerzeugung 48,5 Proz. Die Verstärkung der Eigenerzeugung hatte eine bessere Ausnutzung der eigenen städtischen Kraftwerke zur Folge, woraus wiederum eine Senkung der Selbstkosten der Stromerzeugung sich ergab. Die Ersparnisse, die aus der Vermehrung der Eigenerzeugung erzielt wurden, haben wesentlich dazu beigetragen, einmal den Einnahmeverlust auszugleichen, der eine Folge der Herabsetzung der Strompreise war, und zweitens die Mehrausgaben zu decken, die durch Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Ruhegelder des Personals verursacht wurden. Die Stundenlöhne, die im Januar 1925 zwischen 68 und 83 Pf. lagen, waren im Dezember desselben Jahres auf 82 bis 98 Pf. gestiegen.

Die Zunahme der Stromverbraucher.

Die starke Vermehrung der Stromabgabe hatte ein Anspannen, teilweise Überlastung der Betriebsmittel zur Folge. Diese führte während der letzten Wochen vor Weihnachten in vielen Stadtteilen zu zahlreichen Unterbrechungen der Stromlieferung, wie noch erinnerlich sein dürfte. Die Überlastung, der besonders manche Teile der Leitungsanlagen ausgegesetzt waren, wird verständlich, wenn man erfährt, daß die Zahl der Stromabnehmer im Jahre 1925 um 95 000 auf 369 000 gewachsen ist. Der Zuwachs betrug 34,7 Proz. Trotz dieser bedeutenden Vermehrung ist die Ausbreitung der elektrischen Energie in Berlin noch verhältnismäßig gering. Denn während es Großstädte gibt, in denen 80 Proz. und mehr der vorhandenen Haushaltungen an das Leitungsnetz der Elektrizitätswerke angeschlossen sind, ist die entsprechende Zahl in Berlin erst rund 40 Proz.

Günstiger Geschäftsabluß.

Wie die Bewältigung des steigenden Stromabsatzes und der steigenden Stromerzeugung eine große technische Leistung bedeuten, so ergeben die Zahlen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ein glänzendes Bild der finanziellen Leistungen. Die Abführungen der Elektrizitätswerke an die Stadtkasse sind von 3,7 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 6,5 Millionen Mark im Jahre 1925 gestiegen. Außerdem verteilt die Bewag, was bisher noch nicht der Fall war, für das Jahre 1925 eine Dividende von 10 Proz. auf ihr Aktienkapital von 15 Millionen Mark. Diese Dividende, die 1,5 Millionen Mark beträgt, fließt ebenfalls der Stadtkasse zu, da die Stadt sämtliche Aktien der Bewag besitzt. Insgesamt sind die Zahlungen an die Stadt von 3,7 Millionen Mark auf 8,0 Millionen Mark gestiegen. Sie haben sich also in einem Jahre mehr als verdoppelt.

Wenn die wirtschaftliche Lage im Reiche und in Berlin sich bessert, so sieht den Elektrizitätswerken noch eine lange Zeit des Aufstieges bevor. Die weitere Ausdehnung der Stromabgabe, besonders an die arbeitenden Klassen, wird jedoch nicht ohne Anstrengungen und Schwierigkeiten vor sich gehen. Jede Kilowattstunde Mehrabgabe verbessert zwar die technischen und wirtschaftlichen Ergebnisse der Elektrizitätswerke, jede Kilowattstunde mehr, erfordert aber auch die Reinvestition eines entsprechenden Anlagekapitals. Angesichts der Kapitalknappheit, wie sie noch immer in Deutschland herrscht, ist keine Befristung natürlich nicht leicht. Im vergangenen Jahre wurden die Strompreise, die im Jahre 1924 ermäßigt worden waren, beibehalten, während die Gehälter und Löhne, ferner die Abführungen an die Stadtkasse und die Aufwendungen für den Ausbau der Betriebsanlage stiegen. Natürlich liegen in dieser gegenläufigen Bewegung der Einnahmen und der Ausgaben Gefahren. Hier wird man ohne ein Kompromiß zwischen der Tarifgebearbeitung zugunsten der Konsumenten einerseits und den finanziellen Abgaben zugunsten der Stadtkasse andererseits nicht weiter kommen. Hier liegt die eigentliche Aufgabe der Sozialdemokratie ein. Die Sozialdemokratie wird in erster Linie dafür eintreten, daß die gegenwärtigen billigen Strompreise aufrecht erhalten und wenn möglich noch weiter gesenkt werden, damit den großen Massen der arbeitenden Bevölkerung die Benutzung der elektrischen Energie mit allen ihren sozialen und kulturellen Vorteilen und Annehmlichkeiten mehr und mehr ermöglicht wird.

Idemeren Krisenzeiten aber wie heute, wo die Zukunft des Steinkohlenbergbaues zum großen Teil überhaupt bedroht ist, wird die Verkaufsmöglichkeit der Syndikatsquoten zu einer direkten Subvention der Zeichenbesitzer auf Kosten der übrigen Wirtschaft und der Arbeiterschaft. Der übrigen Wirtschaft wird das Kapital entzogen, das zum Ankauf der Quoten nötig ist. Soweit aber die Erwerber der Quoten ihre eigenen Zeichen stärker ausnützen können, wird der Aufwand für die stärkere Ausnutzung unnötig um den Ankaufswert der Quoten erhöht, ohne daß in entsprechendem Umfang neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Dieser Quotenwucher in Krisenzeiten ist das Gegenteil einer vernünftigen Rationalisierung des Steinkohlenbergbaues, wie sie heute nötig wäre. Sie bedeutet Kapitalverschwendung und Raubbau an der nationalen Arbeitskraft zugleich, ohne zu etwas anderem führen zu können als zur Verschärfung der Kohlenkrise und zum Lohndruck.

Fortdauernder Tiefstand der Reichsbankgeschäfte. Der dritte Monatsweis der Reichsbank vermag das Bild des Tiefstands nicht zu ändern, das die Aktiengeschäfte der Reichsbank seit spätesten Ende März bieten. Die gesamte Kapitalanlage ging weiterhin um 75,3 Millionen auf 1272,1 Millionen zurück. An diesem Rückgang ist der Bestand an Wechseln und Schecks, der von 1249 Millionen in der Vormonatszeit auf 1175,3 Millionen zurückgegangen ist, mit rund 74 Millionen beteiligt. Die Bestände aus Lombardgeschäften sanken um 1,5 Millionen auf 7,8 Millionen; die Summe der an öffentlichen Stellen weitergegebenen Wechsel blieb mit 149,2 Millionen nahezu unverändert. Die beiden letzten Wochen ausweise zeigen übrigens den tiefsten Stand der Redisconto seit etwa 1 1/2 Jahren. Da der Rückgang der Geschäfte Gebührentarife veranlaßt, ging der Umsatz an Reichsbanknoten (2663 Millionen) und Kontenbankcheinen (1147 Millionen) insgesamt auf 3810 Millionen zurück. Die Kundschaftsgelder auf Girokonten, die gegen das Monatsende in der Regel anwachsen, stiegen um 44,3 auf 715,9 Millionen. Die Goldbestände wuchsen um 0,2 auf 1491,9 Millionen, die an deckungsfähigen Devisen um 24,3 auf 296,6 Millionen. Die reine Golddeckung des Notenumlaufs stieg von 53,5 auf 56 Proz., die durch Gold und Devisen zusammen von 63,4 auf 67,2 Proz.

Frühe Bananen doch zollfrei! Bekanntlich war durch die eigentümliche Fassung der Position Bananen im deutsch-spanischen Handelsvertrag die unerwartete Wirkung eingetreten, daß die von den kanarischen Inseln nach Deutschland in Steigen (besondere Verpackung) eingeführten Bananen Zollfreiheit genossen, während die Bananeneinfuhr aus Westindien und Mittelamerika lediglich deshalb mit einem verhältnismäßig hohen Zoll belastet blieb, weil die Früchte von dort fast in Spezialdampfern nach Deutschland verfrachtet werden. Auf diese Weise wären die westindischen Bananen, die an der Versorgung des deutschen Marktes mit mehr als 60 Proz. beteiligt sind, für die Zukunft fast ganz von der Einfuhr nach Deutschland ausgeschlossen worden. Um diese Härte zu beseitigen, wird, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ mitteilt, demnächst im Reichsblatt eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums veröffentlicht werden, wonach ab 1. Juni d. J. frühe Bananen bis auf weiteres zollfrei sein sollen.

Überproduktion an landwirtschaftlichen Maschinen. Neben der Umstellung auf den Automobilbau war die Umstellung auf den Bau von landwirtschaftlichen Maschinen der bedeutendste Ausweg der deutschen Maschinenindustrie, sich nach der Inflation neue Absatzgebiete zu sichern. Es ist natürlich, daß darunter die schon in der Vorkriegszeit auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräte spezialisierten Firmen zu leiden haben. Die alte Berliner A. G. H. J. C. & K. in Lichtenberg führt auf diese Überproduktion denn auch ihr unbefriedigendes Geschäftsergebnis zurück. Das Jahr 1925/26 habe zwar einen größeren Absatz, aber durch das Überangebot der Konkurrenz schlechtere Preise gebracht. Hinzu kam die Konkurrenz Amerikas und der Länder mit unterwertiger Währung. Tatsächlich weist die Gewinnrechnung nur den kleinen Reingewinn von 12 306 M. aus. Wenn das Werk aber keine Dividende verteilt (im Vorjahr noch 5 1/2 Prozant), so liegt das nicht allein an den ungenügenden Verkaufserlösen (679 000 Reingewinn gegen 597 000 in 9 Monaten 1924), sondern auch an der Geschäfts- und Bilanzprosis. Die Abschreibung, besonders durch Akzepten (377 000 gegen 27 000 M.) ist zwar gestiegen und die Zinskosten mit 62 000 M. sind sehr hoch, aber alle Neuausgaben für Maschinen, Werkzeuge, Modelle, Fuhrpark sind aus dem laufenden Geschäftsergebnis bestritten worden. Sämtliche Maschinen, Gleisanlagen, Werkzeuge usw. sind heute noch um 1 Mark in der Bilanz eingeleitet. Nebenfalls liegen hier Reserven, die zur Kapitalbeschaffung zu billigeren Zinsen ausgenutzt werden könnten, als sie heute noch in Deutschland für Betriebskredite bezahlt werden müssen. Diese Mobilisierung dieser Reserven würde auch der Liquidität der Gesellschaft zugutekommen, die durch die hohen Akzeptschulden ganz unzuverlässig belastet erscheint.

Thyllen baut Kohlenhäuser im Donezbecken. Nach Meldungen aus Chortan wurde der Firma Thyllen ein Auftrag für die Anlage von drei neuen Kohlengruben im Donezbecken erteilt. Die Baukosten sind auf 3 Mill. Mark veranschlagt. Die Arbeiten sollen in den Monaten Juli und August beginnen. Beabsichtigt ist der Bau von 6 weiteren Gruben, die gleichmäßig an deutsche, amerikanische und französische Firmen vergeben werden sollen.

Der Quotenschacher im Ruhrbergbau.

Der Montantrust kauft Syndikatsbeteiligungen.

Während die Fachpresse für den Monat Mai eine Zunahme des arbeitstäglichen Förderdurchschnitts auf 353 000 gegen 323 000 Tonnen im April verzeichnet, mehren sich die Meldungen über vollständige Stilllegungen von Zechen. So wird die Stilllegung der drei Schächte der Bergwerks-Gesellschaft Hermann m. b. H. in Bork gemeldet, die über eine Kohlenbeteiligung von 1 Mill. und eine Koksabteilung von 300 000 Tonnen verfügt. Gleichzeitig wurde in der Generalversammlung nach einem Referat von Dr. Solmshen, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft Berlin, die Liquidation der Gesellschaft beschlossen. Nach dem Geschäftsbericht hat sich die Reinkohlenförderung von 443 000 auf 529 000 Tonnen im Jahre 1925 erhöht und hat damit die Vorkriegsförderung zum erstenmal überschritten. Verluste brachten die Koksabteilung und die Leerverwertung, deren Abfall stark rückgängig war. Die Bilanz weist einen Verlust von 2,43 Mill. M. aus.

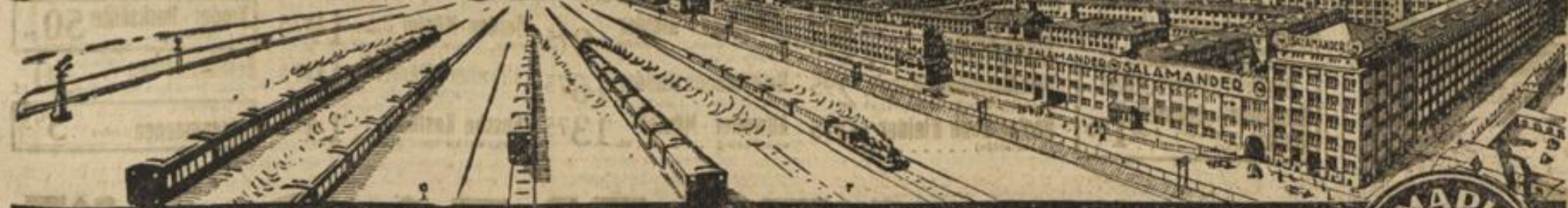
Die in der Generalversammlung anwesenden Mitglieder des Betriebsrats haben gegen die Stilllegung protestiert

und die Forderung gestellt, durch Abtaufen auf anderen Schächten die Rentabilität der Zechen wiederherzustellen. Die Verwaltung bestritt die Möglichkeit der späteren Rentabilisierung nicht, doch fehle es wegen der Verarmung Deutschlands an den dazu nötigen Mitteln. Nun muß es dahingestellt bleiben, ob die baldige Rentabilisierung der Zeche eine Unmöglichkeit ist. Immer es ist ein Standläufer Zustand, daß auch hier wieder durch den Verlauf der Syndikatsquoten die Kapitalbesitzer der Zeche im Besitz ihres Vermögens bleiben, während man die Zeche selbst erkaufen läßt und die Belegschaft vor das Nichts stellt. Von der Verwaltung konnte nämlich nicht bestritten werden, daß die Vereinigte Stahlwerke A. G., der neue Montantrust, die Syndikatsbeteiligung zu 4,50 M. je Kohlentonne kaufen will, um die Ausbeute seiner Trutzzechen zu vergrößern. Für den Ankauf der Quoten ist also Geld, auch in dem verarmten Deutschland vorhanden.

In den Zeiten zunehmenden Kohlenverbrauchs, wo auch die Belegschaften ständig vermehrt werden müßten, mag dieser Quotenhandel zweckmäßig gewesen sein, weil er in aller Regel nur eine Verschiebung in den Besitzverhältnissen, nicht aber die Zerstörung der Bergwerksanlagen und der Arbeitsgelegenheit für die Belegschaften zur Folge hatte. In so

SALAMANDER-SCHUHE

FÜR DIE REISE



SALAMANDER



Einheits-Preise

Zum ersten Male in dieser Zusammenstellung! Aufsehenerregende Warenverbilligung!

25
PFENNIGE

50
PFENNIGE

95
PFENNIGE

1.95

2.95

Nur soweit Vorrat!
Mengenabgabe vorbehalten!

Berlin wird staunen!

Nur in der Turmstraße!

- Unterzieh-Hemdchen für Damen, fein gestrickt 25 Pf.
- Kinder-Söckchen buntfarbig, Größe 1-3, Paar 25 Pf.
- Baby-Strickjäckchen sämliche Größen 25 Pf.
- Kinder-Strickhöschen weiß oder gestreift, Paar 25 Pf.

1 Erstlingshemdch. od. 2 Stickerreifärzch. 25 Pf.

- 2 Damen-Binden gestrickt 25 Pf.
- Hemden-Passen stickerei oder Klöppel 25 Pf.
- Stickerellen 2 30 od. 4 00 m zum Ausschneiden, Kupon 25 Pf.
- Zwirn- u. Klöppelspitz 4 oder 5 m Coupon 25 Pf.

Selbstbinder mod. Anstrich 25 Pf.
Schleifenbind. frische Form 25 Pf.
Strickbinder hübsche Streifen 25 Pf.

- 2 Taschentücher mit Hochtaum 25 Pf.
- Herren-Socken tragfähige Qualität, Paar 25 Pf.
- Herren-Sportkragen weiß Pique 25 Pf.
- Tablettdecken rund oder oval 25 Pf.
- Taschentuch-Behälter oder Servietten-Taschen 25 Pf.
- Sockenhalter u. guten Gummi 25 Pf.
- Strumpfbänder schön garniert, Paar 25 Pf.
- Nahband 2 Rollen 4 7 Meter 25 Pf.
- Wäscheknöpfe sortiert, 4 Dtl. 25 Pf.
- Achselträger sehr haltbar, Paar 25 Pf.

labors - Westen 25 Pf.
Kragen zum Aussch. 25 Pf.

- Tablettdecken Napkin 2 Stück 25 Pf.
- Wachstuch-Stuhlstütze 25 Pf.
- Scheibengardinen Etatism. Einheits, vollgr. 25 Pf.
- Küchenhandtücher 2 7 m 25 Pf.
- Kopfkissen-Bezüge aus gutem Linnen zum Knöpfen 1 45
- 2 Meter Linon 80 cm breit 1 45
- Beifhaustuch 1 40 m breit 1 45
- Gartendecken leinenartig, bunt 1 45

Während dieser sensationellen Veranstaltung! Auffallend billige Damen-Konfektion!

- Musseline-Jumper hübsche Muster 95 Pf.
 - Musseline-Kasaks vielfarbige Druckmuster 1 95
- Aussergewöhnlich billig!
Musseline- u. Zephr-Kleider in grosser Auswahl 1 95

Kleider-Musseline 50 Pf.
Parkal-Zephr durch. Wir.

- Volle woll. Punktoll schwarz- u. Neugrundig, Mtr. 50 Pf.
- Hemdentuch 80 cm br., süddeutsche Ware Meter 50 Pf.
- 4 Scheuertücher 50 Pf.
- 4 Poliertücher gold gestreift 50 Pf.
- 1 Kinderkissenbezug 50 Pf.
- Reinl. Geschirrtücher 50 Pf.

Damen - Hemden 50 Pf.
gestrickt

- Turner-Jacken weiß, 1/2 Arm 50 Pf.
- Damen-Strümpfe verstärkte Ferse u. Spitze Paar 50 Pf.
- Herren-Socken buntfarbig, Paar 50 Pf.
- Kinder-Röckchen gestrickt 50 Pf.
- Kinder-Schlüpfer Gr. 50-60 Paar 50 Pf.

- Untergarn 1000 Meter 2 fach 3 Rollen 50 Pf.
- Kinder-Hemden oder Hosen aus mittelst. Hemdent. 50 Pf.
- Molton-Unterlagen 50 Pf.
- Hosenträger Gummi 50 Pf.
- Schillerkragen Pique, weiß oder farbig 50 Pf.
- Selbstbinder in großer Auswahl 50 Pf.

Herrenkragen Ecken- oder Stabstümmelform, teilweise 4-fach Mako 50 Pf.

- Untertailien mit Stickerei 50 Pf.
- Küchen-Tischdecken Wachstuch 50 Pf.
- Kissenplatten Geleisartig 50 Pf.
- Reinseid. Tafelband ca. 11 cm breit, Meter 50 Pf.
- Trikot-Badehosen 50 Pf.

Mädel- od. Knab.-Schürzen Zephr 50 Pf.

- Mako-Poulardine 100 cm breit, schöne Muster, Meter 1 45
- 3 Meter Hemdentuch 80 cm breit, Meter 1 45
- 2 Frotterhandtücher 1 45
- 1 Rolltuch 84x160 cm 1 45

Wachseide die große Mode (Kunstseide) 95 Pf.

- Crepp Marocain 100 cm wachbar, breit, Mtr. 95 Pf.
- Kleider Volle 100 cm breit, helle u. dunkle Muster, Mtr. 95 Pf.
- Mako-Zephr 80 cm br., für Oberhemden, hübsch, Streif, Mtr. 95 Pf.
- Nessel 140 cm breit, für Bettlaken, Mtr. 95 Pf.
- Frottee 100 cm breit, grau gestreift, Mtr. 95 Pf.
- Seidenballst weiß, 110 cm breit, Mtr. 95 Pf.
- 2 m Waschmusseline viele Muster 95 Pf.
- Linon 130 cm breit, für Deckbett-Bezüge, Mtr. 95 Pf.
- Jaquard - Handtücher Halbleinen 95 Pf.

Damenhemdhosen gestrickt 95 Pf.

Kinder-Sweater 1/2 Arm viele Farben 95 Pf.

- Lauf- und Sporthosen 95 Pf.
- Damenstrümpfe Kunstseide, Flor, Paar 95 Pf.
- Damenstrümpfe Mako, schwarz und farbig, Paar 95 Pf.
- Spielhosen oder -Kittel, für Knaben oder Mädchen 95 Pf.
- Selbstbinder reine Seide 95 Pf.

Hemdhosen 95 Pf.
Bretel- oder Taghemden mit Stickerei, zum Aussch.

Schoner - Decken 95 Pf.
mit Spitze

Mittedecken 60x60 95 Pf.
rund oder eckig

Herrenhemden 95 Pf.
oder Hosen, wollgummscht

- Opalwesten weiß und farbig, Stück 95 Pf.
- Bindekragen Opal, viele Farben, Stück 95 Pf.
- Jumper-Untertailien mit Stickerei 95 Pf.
- Wachstuchdecken 95 Pf.
65x115, guter Barbeud
- Gardinenstoffe 95 Pf.
130 cm breit, Mtr.

Schürzen, Wiener und Jumperform, Zephr, zum Ausschneiden 95 Pf.

Badeirikots für Damen 95 Pf.

Damenschlupfer viele Pastellfarben 95 Pf.

Bastseide reine Seide, der große Tagesartikel Mtr. 1 95

- Schweiz. Vollvolle 110 cm breit in den modernen Mustern Mtr. 1 95
- Kunstseidene Frottee mod. Schotten u. Streifen Mtr. 1 95

Farb. Dam.-Garnitur. Hemd u. Schlüpfer, feinfarb. 1 95

Trikot-Kinder-Kleidch. u. Spielausätze zum Ausschneiden 1 95

Farbige Hemdhosen Opal-Batist 1 95

Kunstseid. Prinz.-Röcke oder Hemdhosen 1 95

Badeirikots für Damen oder Herren 1 95

Kinder-Frotterlaken 100x100 1 95

Kleider-Schürzen Satin-Jumper-Schürz. Weiße Jumper-Schürz. mit oder ohne Volants 1 95

Hauskleider glatt und gestreift 1 95

Tischdecken leinenartig bedruckt 110x135 1 95

Bettlaken weiß, Baumwoll (anell) 1 95

Bettlaken aus kräftigen Hanftuch 140x200 2 95

Crepp-Marocain 100 cm breit, bedruckt, Mtr. 2 95

Eolienne 100 cm br. Wolle mit Seide, groß, Farbvermisch. Mtr. 2 95

Roleaux-Cöper 130 cm breit 1 95

Halbstors englischer Tall, mit Volant 1 95

Madras-Stoffe 130 cm breit, dunkelgründig, Mtr. 1 95

Dam.- od. Herr.-Schirme mit Futteral 2 95

Herren-Taghemden kräftige Qualität, mit Falten 2 95

Damenstrümpfe Waschseide, alle Farben, Paar 2 95

Herren-Garnituren Jacke u. Beinkleid, feinfarbig 3 95

Herren-Nachhemden mit Bordenbesatz 3 95

Köper-Rouleaux 130 cm breit, abgepaßt 3 95

Halbseid. Damen- u. Herren-Schirme 3 95

Schrubber Unionsmischung 25 Pf.

Alpakka-Teelöffel 25 Pf.

6 Alumin. Teelöffel 25 Pf.

Fensterleder 25 Pf.

Kaffeeteller Porzellan, mit bunter Kante 25 Pf.

Porzellan - Salatlere 23 cm, mit Fruchtdekor. 50 Pf.

Porzellan-Teekanne mit Dekoration 50 Pf.

Kompottschüssel Porzellan, Prädigat 50 Pf.

Tortenteller ca. 30 cm, Prädigat 50 Pf.

6 Kompottschüsseln Prädigat, Diamantst. 50 Pf.

Blumenvase bunt, verschiedene Muster, Stück 50 Pf.

Garderobenleiste mit 3 vernickelten Haken 50 Pf.

6 Alumin.-Ehöffel 50 Pf.

Emaille-Schmortopf 14 cm 50 Pf.

1 Satz Schüsseln 4teilig, feingut 50 Pf.

3 Abendbroteller Porzellan, mit Goldrand und Goldstern 95 Pf.

Emaille-Spülwanne mit 2 Griffen, ca. 36 cm 95 Pf.

Suppenterrine Oval, Steingut, bunt dekoriert 95 Pf.

Waschbecken erdwe. od. bunt 95 Pf.

Glaskompottschüssel ca. 21 cm und 6 Glaskompotteller ca. 14 cm, zusammen 95 Pf.

Küchen-Garnitur 14 teilig, feingut, frans. Schüssel 1 95

Alumin.-Schmortopf mit Deckel, ca. 24 cm 1 95

Waschgaraiter modern, Decor, 4teilig 2 95

3 Stück Blumenseife Karton 25 Pf.

3 Stück Lanolinseife Karton 50 Pf.

2 St. Lawendel-Bade-Seife Karton 50 Pf.

Rasierseife (Stangen) in Alumin. Dose und 1 Ersatzstück 50 Pf.

Keruseife ca. 300 Gramm, 6 Riegel 95 Pf.

Eau de Cologne Flasche 25 Pf.

Rasier-Apparat mit Klinge (Rasier-Apparat) 50 Pf.

Friseur-Kämme groß und stark 25 Pf.

Zelluloid-Seitendosen feil geschliffen 25 Pf.

Parfüm-Zerstäuber feil geschliffen 50 Pf.

Kinder-Rucksäcke mit Lederriemen 50 Pf.

Besuchstaschen hübsche Form, u. Kinderhosen u. Auswachen 50 Pf.

Aktenmappen Leder 3 95

LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149/150 Berlin-Nordosten Landsberger Allee 29 Neubau Turmstr. Ecke Ottostr.

